Seniorenkurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
30. Jahrgang | Nr. 2 / 2025

Fachtag „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“

Mecklenburg-Vorpommerns Seniorenbeiräte im Austausch

Die Seniorenbeiräte und Gäste im regen Austausch *Fotos: Anett Jepp*

Ein würdevolles, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Altern sollte das Ziel von guter Seniorenpolitik sein. Vor diesem Hintergrund führte der Landesseniorenbeirat am 18. März in Güstrow eine Fachtagung zum Thema seniorenpolitische Gesamtkonzepte durch. Die Seniorenbeiräte Mecklenburg-Vorpommerns, Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung kamen zusammen, um sich über die Gestaltung der künftigen Seniorenpolitik im Land zu informieren und miteinander zu diskutieren. Es wurden zentrale Themen wie soziale Teilhabe, Gesundheitsversorgung, Digitalisierung, Wohnen im Alter und Maßnahmen gegen Einsamkeit erörtert. Ziel der Veranstaltung war es, bestehende Maßnahmen zu bündeln, innovative Strategien zu entwickeln und die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure zu stärken, um die Lebensqualität älterer Menschen nachhaltig zu verbessern.

Joachim Kießling als Vorsitzender des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Seite	14	**Ernährung-Armut-Einsamkeit im Alter**
Seite	22	**Hinschauen statt Schweigen**
Seite	25	**Aus Landkreisen und Städten**

Liebe Vereinsmitglieder, sehr geehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

Hitzeschutz ist Lebensschutz – Der Landesseniorenbeirat fordert entschlossenes Handeln

Der Klimawandel ist längst Realität – auch in Mecklenburg-Vorpommern. Die Sommer werden heißer, Hitzewellen häufiger und intensiver. Für ältere Menschen bedeutet das nicht nur Unbehagen, sondern oft eine ernste Gefahr für die Gesundheit. Studien zeigen: Gerade Seniorinnen und Senioren sind besonders anfällig für hitzebedingte Erkrankungen. Umso dringlicher ist es, dass Städte und Kommunen umfassende Hitzeschutzpläne entwickeln und umsetzen, nicht irgendwann, sondern jetzt.

Der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern begrüßt, dass das Thema Hitzeschutz zunehmend in das öffentliche Bewusstsein rückt. Doch gute Absichten allein reichen nicht. Wir fordern konkrete Maßnahmen und eine verbindliche Umsetzung auf allen Ebenen. Hitzeschutz muss zur Pflichtaufgabe werden, verankert in den kommunalen Haushalten, integriert in Stadtplanung und Bauvorschriften.

Was es braucht, sind schattenspendende Grünflächen, öffentlich zugängliche Trinkwasserstellen, kühle Rückzugsorte und eine verbesserte Information über Hitzewarnungen. Pflegeeinrichtungen, betreute Wohnanlagen und ambulante Dienste müssen in Schutzkonzepte einbezogen werden. Dabei darf der ländliche Raum nicht abgehängt werden – auch kleinere Gemeinden benötigen Unterstützung, um seniorengerechte Maßnahmen zu ergreifen.

Wir appellieren an die Landespolitik: Unterstützen Sie die Kommunen mit Förderprogrammen, Fachberatung und klaren rechtlichen Vorgaben. Schaffen Sie eine zentrale Koordinierungsstelle für Hitzeschutz auf Landesebene. Sorgen Sie dafür, dass die Stimmen der Seniorinnen und Senioren bei der Planung gehört werden – denn sie wissen am besten, was sie brauchen.

Hitzeschutz ist keine Frage des Alters, aber eine Frage der Verantwortung. Jetzt ist die Zeit, zu handeln, für eine klimaangepasste, sichere und solidarische Gesellschaft.

Die Seniorenbeiräte in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen bei der Umsetzung der Maßnahmen.

Joachim Kießling, Vorsitzender des Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Fortsetzung von Seite 1

Vorpommern e.V. begrüßte als Teilnehmer Mitglieder von Seniorenbeiräten des Landes, sowie als Gäste die Landtagsabgeordnete Christine Klingohr (SPD), Nils Thiede als Referatsleiter für Seniorenpolitik aus dem Sozialministerium M-V, und die Referentinnen Sylvia Wellhausen von der Hochschule Neubrandenburg und Dr. Christiane David vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zur Fachtagung „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept". Er hob hervor, dass die Sozial- und Gesundheitspolitik für Senioren von zentraler Bedeutung sind, um eine hohe Lebensqualität im Alter sicherzustellen. Beschlüsse des Altenparlaments müssen ihre Berücksichtigung finden und deren Umsetzung die Verbesserung der Seniorenpolitik gewährleisten. Die bisher gesammelten Erkenntnisse zeigen einen deutlichen Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen der Seniorenpolitik. Durch die Bündelung von Ergebnissen und die gezielte Umsetzung innovativer Maßnahmen kann die Lebensqualität älterer Menschen nachhaltig verbessert werden. Der nächste Schritt besteht darin, diese Handlungsempfehlungen weiter auszuarbeiten und politische Entscheidungsträger sowie relevante Akteure in den Prozess einzubinden.

Christine Klingohr betonte im Anschluss, dass in verschiedenen Veranstaltungen in der Vergangenheit relevante Themen diskutiert, Herausforderungen identifiziert und Lösungsansätze entwickelt wurden. Dies betrafen insbesondere die Gesundheitsversorgung, soziale Teilhabe, Pflege und Betreuung, digitale Kompetenz und Mobilität. Die gewonnenen Erkenntnisse gilt es zu bündeln und gezielt weiterzuentwickeln. Hier wäre als Meilenstein die Vorstellung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes zu nennen. Abschließend bedankte sich Frau Klingohr für die hervorragende Arbeit aller mitwirkenden Ehrenamtler.

Es folgte ein Fachbeitrag zu den Ergebnissen des Sozialpolitischen Gesamtkonzeptes des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, ausgeführt von Sylvia Wellhausen, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projektes „Erforschung von Gelingensfaktoren und Hemmnissen bei der Erstellung/Weiterentwicklung Seniorenpolitischer Gesamtkonzepte". Es geht um das Alt werden, um die nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren und um die Arbeit in den Kommunen gegen soziale Isolation im Alter. Frau Wellhausen wies darauf hin, dass auch hier aller Anfang schwer war. Wo fängt man an, was muss seine Berücksichtigung finden, welche Strategien sind zu erstellen, um solch ein Konzept ins Leben rufen zu können. Neben den Daten und Fakten war die Partizipation als ein wichtiger Baustein für ein erfolgreiches Arbeiten erforderlich. Jederzeit musste eine Entscheidungstransparenz vorhanden sein. Handlungsfelder entstanden, wie zum Beispiel Teilhabe und Selbstbestimmung. Querschnittsaufgaben wurden formuliert.

Die zusammengetragenen und im Konzept strukturierten Erkenntnisse zeigen einen deutlichen Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen der Seniorenpolitik. Durch die Bündelung von Ergebnissen und die gezielte Umsetzung innovativer Maßnahmen kann die Lebensqualität älterer Menschen nachhaltig verbessert werden. Der nächste Schritt besteht nun darin, diese Handlungsempfehlungen weiter auszuarbeiten und politische Entscheidungsträger sowie relevante Akteure in den Prozess einzubinden. Besonders für Mecklenburg-Vorpommern ist es entscheidend, eine Strategie zu entwickeln, die auf Partizipation, Transparenz und ein verändertes Verwaltungsverhalten setzt. Welche Rahmenbedingungen braucht ein gelingendes Altern? Vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte knüpfte Dr. Christiane David an ihre Vorrednerin an und berichtete, was in eineinhalb Jahren geschaffen wurde. Am Anfang stand eine intensive Desktop-Recherche. Es ging nicht nur um Wissen über die Stadt, sondern auch um den ländlichen Raum. Zunächst muss-

Christine Klingohr bedankte sich für die Arbeit der Ehrenamtler

Sylvia Wellhausen spricht über die Beteiligung der Akteure

Dr. Christiane David informiert darüber, was zu tun ist

ten die Zuständigkeiten geklärt werden: Die Kommunen sind für die Daseinsvorsorge verantwortlich, während bei gemeindeübergreifenden Themen der Landkreis als Ansprechpartner dient. Eine zentrale Frage war: Was müssen wir überhaupt tun – und das generationsübergreifend? Dabei wurde deutlich, dass wir neue Altersbilder entwickeln und betrachten müssen, weg vom Generationen Bashing. Schließlich ist die Lebensspanne von 30 bis 60 genauso lang wie die von 60 bis 90 – und diese zweiten 30 Jahre wollen wir aktiv gestalten. Deshalb soll alles, was vor der Pflege aktiv gestaltet werden kann, in verschiedene Handlungsfelder geclustert werden. Wir müssen uns insgesamt besser vorbereiten und klare Zuständigkeiten definieren. Dazu gehört auch, bewährte Praxisbeispiele zu nutzen, etwa Begegnungsorte im Alter. Unser Ziel ist es, ein generationsübergreifendes Leben aktiv zu gestalten – mit einer sozialen Gemeinschaft, die sich gegenseitig unterstützt.

Die Teilnehmer folgten dann mit Freude den Ausführungen zu den Ergebnissen des Runden Tisches von Nils Thiede vom Sozialministerium. Er stellte die Einsamkeit im Alter in den Vordergrund und betonte vorab, dass alle Aussagen, welche heute schon genannt wurden, auch für dieses Thema zutreffen und damit Teil des Gesamtkonzeptes sind. Alles hängt miteinander zusammen unter dem großen Thema der Daseinsvorsorge. Der Runde Tisch gegen Einsamkeit im Alter ist ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen. Er vereint bestehende seniorenpolitische Konzepte und schafft eine umfassende Grundlage für Maßnahmen gegen soziale Isolation. Herr Thiede erinnert an die Entstehungsgeschichte: Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass ein Runder Tisch gegen Einsamkeit einzurichten ist. Bei der Umsetzung waren wir deutschlandweit zeitweise führend in diesem Bereich, trotz der Herausforderungen

Nils Thiede macht Ausführungen zu den Ergebnissen des Runden Tischs

während der Corona-Pandemie. Der Runde Tisch berücksichtigte insbesondere die demografischen Entwicklungen und die wachsende Zahl alleinlebender älterer Menschen. Einsamkeit hat gravierende Auswirkungen auf die Gesundheit. Zahlreiche Studien belegen, dass sie das Risiko für Pflegebedürftigkeit, physische und psychische Erkrankungen sowie den Verlust sozialer Bindungen erhöht. Einsamkeit macht krank und Krankheit wiederum führt oft zu weiterer sozialer Isolation. Ein wesentlicher Risikofaktor für Einsamkeit ist Armut, da sie die gesellschaftliche Teilhabe einschränkt. Schutzfaktoren hingegen sind soziale Kontakte, gute Bildung und bürgerschaftliches Engagement, die nachweislich einen positiven Einfluss auf den Gesundheitszustand haben. Im Rahmen des Runden Tisches haben wir uns intensiv mit der Frage beschäftigt: Was braucht es für ein gutes Leben im Alter und wie können wir der Einsamkeit vorbeugen? Dafür müssen verschiedene infrastrukturelle Aspekte berücksichtigt werden, wie zum Beispiel die Einkaufsmöglichkeiten und ärztliche Versorgung, Post- und Bankdienstleistungen, der öffentliche Nahverkehr und Breitbandausbau. Es müssen Möglichkeiten entstehen für sinnstiftende Beschäftigungen.

Um diese Themen gezielt zu bearbeiten, wurden fünf Arbeitsgruppen ins Leben gerufen: Wohnumfeld, Digitalisierung, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, Gestaltung der nachberuflichen Phase und seelische Gesundheit. Die Arbeit am Runden Tisch ist eine Querschnittsaufgabe, die eine interdisziplinäre Zusammenarbeit über Fachgrenzen hinweg erfordert. Dabei spielt insbesondere der ländliche Raum eine zentrale Rolle, da hier Mobilität und Infrastruktur besondere Herausforderungen darstellen.

Für die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen sind nicht nur ehrenamtliche Helferinnen und Helfer essenziell, sondern auch hauptamtliche Strukturen in den Gemeinden. Es gilt, neue Begegnungsorte zu schaffen, die soziale Kontakte ermöglichen und Einsamkeit entgegenwirken.

Auf Basis ihrer Erkenntnisse wurden konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen sind nun in einem ausführlichen Bericht zusammengefasst, der nach abschließender Prüfung der Landesregierung übergeben wird. Ziel ist es, daraus konkrete Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen.

Abschließend bedankte sich Nils Thiede bei allen Beteiligten für ihr Engagement am Runden Tisch gegen Einsamkeit. Ihre Arbeit ist ein wertvoller Beitrag für eine soziale und lebenswerte Zukunft im Alter.

Nach dem ersten Teil der Fachtagung war bei einem Imbiss und Kaffee Zeit für viele interessante Gespräche unter den Anwesenden.

Im Anschluss daran wurde das World-Café eröffnet – eine anspruchsvolle Workshop-Methode, die den strukturierten Meinungsaustausch zu zentralen Fragestellungen fördert.

An sechs thematisch fokussierten Arbeitstischen – Digitalisierung, Wohnen im Alter, Gesundheitsförderung, Mobilität, Pflege, sowie Engagement und Beratung – hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, in einen Diskurs einzutreten. Jede Person konnte sich zunächst für ein Thema entscheiden,

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

um dort ihre Perspektiven, Argumente und Herausforderungen zu erörtern sowie gezielte Fragen zu stellen. Nach jeweils zwanzig Minuten wechselten die Teilnehmenden die Tische, sodass ein facettenreicher Austausch zu sämtlichen Themenbereichen gewährleistet wurde. Durch diese dynamische Gesprächsstruktur entstand eine vielschichtige Sammlung an Meinungen und Impulsen, die die Diskussion bereicherten und neue Denkansätze ermöglichten.

Tisch DIGITALISIERUNG

Das Ziel sollte die Förderung der digitalen Teilhabe älterer Menschen durch Information, Schulung und technische Unterstützung sein.
Grundtenor dabei ist, dass alle Angebote sowohl analog und digital angeboten werden müssen. Es wurden verschiedene Schwerpunkte herausgearbeitet, wie z. B. Orte mit technischen Voraussetzungen schaffen, Entwicklung von Angeboten zur digitalen Vernetzung, Unterstützung bei Internetzugang, Programmen und Geräten, Ausbau der Infrastruktur sowie die Ausstattung der Senioren mit kostengünstigen Endgeräten durch Förderprogramme.

Weitere Ziele sind die Förderung der digitalen Bildung ein Leben lang mit z. B. kostenlosen flächendeckenden Schulungen, nutzerfreundlicher Technik sowie Sicherheit und Datenschutz im digitalen Raum durch Aufklärung. In einem weiteren Schwerpunkt an diesem Tisch ging es um die digitale Unterstützung im Gesundheitswesen und in der Pflege, wie z. B. Förderung von Telemedizin, E-Rezept und Handhabung der elektronischen Patientenakte. Auch die digitale Verwaltung und gesellschaftliche Teilhabe wurde mit den Teilnehmern dieser Veranstaltung erörtert.
Im Ergebnis sollte ein ganzheitliches Konzept entstehen, das Senioren befähigt, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, ohne sie zu überfordern. Gleichzeitig sollte es soziale Teilhabe, Gesundheit und Sicherheit im digitalen Raum fördern.

Tisch WOHNEN IM ALTER

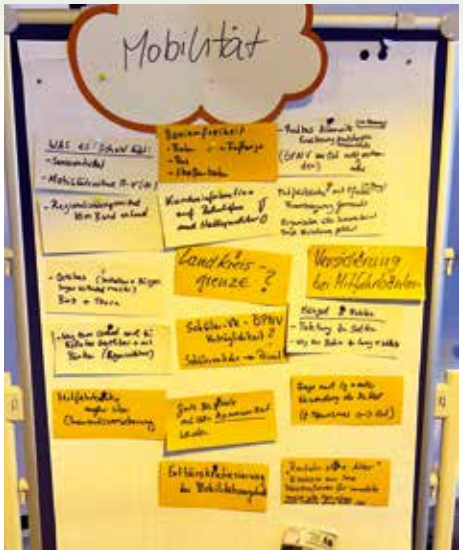
Die steigenden Mieten setzen viele vor große Herausforderungen. Initiativen wie das WIRO-Modell zeigen, wie ein Wohnungstausch von Groß- zu Kleinwohnungen zu alten Konditionen und mit Umzugshilfe einen Ausweg bieten kann, vor allem, wenn bei Wohnungswechseln die neue Miete für Ältere höher ist als vorher. Vereine wie „Zusammen zu Hause“ in Rostock und kommunale Projekte, etwa in Schwerin mit den präventiven Hausbesuchen, setzen sich dafür ein, kleinen, serviceorientierten Wohnraum für Senioren zu schaffen und deren Umzug in altersgerechte Wohnungen zu erleichtern. Dabei spielen auch der Seniorenbeirat, der Statistiken erstellt und in Präventionsveranstaltungen wichtige Themen wie Vorsorgevollmachten kommuniziert, sowie Initiativen im Bereich Verkehrskonzept und Nachbarschaftshilfe eine zentrale Rolle.
Ergänzt werden diese Ansätze durch gezielte Veranstaltungen zur Wohnberatung, eine gute Vernetzung in der Pflege (abgesehen von Spezialpflege) und Initiativen der Banken – alles Maßnahmen, die ein sicheres und bedarfsgerechtes Wohnumfeld fördern sollen.

Tisch GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Die Landesstrategie Gesundheitsförderung und Prävention von 2019 und der Landtagsbeschluss von 2024 dazu waren eine gute Grundlage für den Workshop Gesundheitsförderung. Es werden derzeit Konzeptionen, insbesondere in den Handlungsfeldern Bewegung, psychische Gesundheit, Sucht und Gesundheitskompetenzen bearbeitet.
Im Workshop wurde vorrangig über Möglichkeiten gesprochen, wie Seniorenbeiräte diese Konzepte direkt unterstützen können. Es wurden alle Möglichkeiten der Bewegung im Alter diskutiert – Tanzen, Wandern, Gehen, Schwimmen, Gymnastik in verschiedenen Formen, Rad fahren, Tischtennis und Tennis wurden angesprochen (siehe auch Homepage des Landessportbundes „Sport der Älteren“). Wichtig ist auch die Sturzprävention inklusiv „Trittsicher in die Zukunft“ als Projekt zur Unterstützung des gesunden Alterns.

Wichtig ist bei allen Vorhaben, dass es den beteiligten Seniorinnen und Senioren Spaß macht und so Nachhaltigkeit garantiert wird. Sportvereine, Fitnessstudios und Physiotherapiepraxen unterstützen uns dabei in der Kommune vor Ort. Angesprochen wurde auch, dass zur Gesundheitsförderung eine gesunde Ernährung inklusive exakter Kennzeichnung der Nahrungsmittel gehört.

Tisch MOBILITÄT



Die Teilnehmer unterstützten ausnahmslos die Mobilitätsoffensive der Landesregierung. Das Seniorenticket muss weiterhin ein attraktives und für Seniorinnen und Senioren bezahlbares Angebot bleiben. Die Nutzungsmöglichkeiten der verschiedenen ÖPNV-Angebote (u. a. Busse, Bahnverkehr, Rufbusse, Ortsbusse, Nutzung von Mitfahrbänken), hier bitten die Teilnehmer die Versicherungsfragen zu klären, bildeten einen Diskussionsschwerpunkt.

Die Notwendigkeit einer umfassenden Kundeninformation vor, während und nach einer Reise, wurde ebenfalls herausgestellt. Wichtig sind den Seniorinnen und Senioren, dass ein Ticket nicht nur digital zu erwerben ist. Einen weiteren Diskussionsschwerpunkt bildete die Gewährleistung der Barrierefreiheit bei allen Verkehrsträgern. Das komplexe Automatenangebot der verschiedenen Verkehrsträger, einschließlich der Nutzungsmöglichkeiten (Bedienung) von Automaten, auch auf Parkplätzen, wurde kritisch angesprochen.

Tisch PFLEGE

Hauptthemen an diesem Tisch waren die stetig steigenden Kosten für die Pflege und der Tagespflege sowie die geringe Anzahl an Pflegestützpunkten in MV. Die Angst der Betroffenen sich Pflege bzw. einen Platz in einem Pflegeheim nicht mehr leisten zu können ist sehr groß. Und später zu einem Sozialfall zu werden belastet die Senioren. Um eine Entlastung der zu Pflegenden sowie deren Angehörigen zu erreichen, wäre eine Deckelung der Kosten dringend erforderlich. Der Seniorenbeirat sollte alle seine Möglichkeiten nutzen, um dieses Ziel zu erreichen. Auch die Anzahl der Pflegestützpunkte in MV (19 und 2 Sprechstundenstandorte) muss erhöht werden. Sie werden als wichtige und notwendige Beratungsstellen angesehen. Die Pflegestützpunkte zeigen mit ihrer Beratung Wege auf, solange wie möglich zu Hause bzw. in der gewohnten Umgebung zu bleiben, versorgt und gepflegt zu werden. Hier sollte die Möglichkeit der Werbung in Zeitschriften und Veranstaltungen stärker genutzt werden.

Ein gutes Beispiel hierfür ist, um erforderliche Informationen an die Senioren zu bringen, der Seniorenwegweiser im Landkreis MSE. Auch das Modell „Schwester Agnes“ oder ähnliches, sowie die Nachbarschaftshilfe sollten für das Erkennen von Unterstützungsangeboten bzw. Pflegebedürftigkeit besser genutzt werden.

Tisch ENGAGEMENT UND BERATUNG

Die Teilnehmer dieses Tisches diskutierten folgende Fragen: Warum übernehmen Menschen ein Ehrenamt? Welchen Motiven folgen sie und welche Erwartungen werden mit dem Ehrenamt verbunden? Welche Unterstützungen benötigt das Ehrenamt, um dauerhafte Strukturen zu halten und notwendige Angebote ausbauen zu können? Wie können die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement dauerhaft verbessert werden?

Es wurde herausgearbeitet, dass die Mitglieder der Seniorenbeiräte die besonderen Bedarfslagen und Probleme älterer Menschen kennen und sich in die Entscheidungsprozesse der Städte und Gemeinden einbringen. Außerdem helfen sie den Seniorinnen und Senioren ganz praktisch vor Ort mit Tipps, Informationen und persönlichem Einsatz.

Sie sind bereit, soziale Verantwortung zu übernehmen und sehen die Chance, Dinge zu bewegen und nachhaltig zu verändern. Um dies in guter Qualität zu tun, wurden Eckpunkte benannt und Forderungen aufgestellt. So ist es u. a. notwendig, in den Kommunen das Thema „Engagement“ zu sensibilisieren, die Bereitstellung von öffentlichen Verantwortungsrollen und -räumen, Netzwerke bilden, pflegen und stetig betreuen, Bedarfserhebungen, schriftlich oder mündlich, oder auch in Form einer Ortsbegehung, ein Antrags- und Rederecht für Seniorenbeiräte in den Gemeinde- und Stadtgremien, den Amtsausschüssen sowie in den Gremien auf Kreisebene, ausreichende finanzielle Ausstattung der Seniorenbeiräte durch die Kommunen.

Abschließend dankte Joachim Kießling herzlich allen Beteiligten, den Gästen und den Organisatoren. Die Fachtagung wurde von den Anwesenden als ein äußerst gelungenes Event bewertet – sowohl als Impulsgeber zur Stärkung des Ehrenamtes als auch zur Vertiefung des Verständnisses für das seniorenpolitische Gesamtkonzept in Mecklenburg-Vorpommern.

Renee Recke

Erfahrungsaustausch in Potsdam

Arbeitstreffen des Seniorenrats Brandenburg mit Landesseniorenbeirat M-V

Die Vorsitzenden des Seniorenrats des Landes Brandenburg und des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern konnten ein gemeinsames Meeting der Räte arrangieren, welches an 26. und 27. Februar dieses Jahres in Potsdam erstmalig stattfand. Gut gestimmt und motiviert verlief unsere Anreise aus Mecklenburg-Vorpommern zum Tagungsort.

Überraschenderweise erhielten wir kurzfristig vorab die Information, dass uns zu Beginn ein Besuch im Landtag Brandenburg erwartet. Diesen nahmen wir dankend an und konnten somit für einen kurzen Zeitraum den Abgeordneten im Plenarsaal zuhören.

Das historische Gebäude verlassend, trafen wir uns dann im Haus der Natur zum Erfahrungsaustausch. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde bedankten wir uns vorab beim Vorsitzenden des Seniorenrates Wolfgang Poschmann für die Einladung.

Joachim Kießling wies darauf hin, dass dieses Treffen dem Erfahrungsaustausch und der Vorbereitung einer Fachtagung zum seniorenpolitischen Gesamtkonzept dient. Wir wollen uns alle darüber informieren, an welchen Themen hier in Brandenburg und bei uns gearbeitet wird. Wo gibt es dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Dann ging es aber los, der abgestimmten Tagesordnung folgend. Die Förderung des Seniorensports stand zuerst auf der Agenda. Dr. Georg Weckbach berichtete sehr ausführlich, begleitet von immer wieder aufkommenden Fragen zu Schwerpunkten dieses Themenfeldes.

Es folgte der Tagesordnungspunkt Inflationsausgleich, welcher in der Vergangenheit für die älteren Bürgerinnen und Bürger ausblieb. Gestellte Forderungen seitens der Räte wurden jeweils von den Landeregierungen und der Bundesregierung abgelehnt. Die Vorsitzenden formulierten dazu, weiterhin einen angemessenen Ausgleich zu fordern, auch von der neuen Bundesregierung. Diese Forderung wollen wir gemeinsam voranbringen. Die Botschaft dazu lautet: Wir bleiben dran.

Die Teilnehmer des Erfahrungsaustausches in Potsdam *Foto: LSB*

Anschließend folgte ein reger Austausch zu den gebildeten Arbeitsgruppen im Seniorenrat bzw. Seniorenbeirat. Dabei stellte sich heraus, dass die gebildete Organisationsstruktur mit dem vom Landtag Brandenburg eingesetzten Landesseniorenbeauftragten für Brandenburg etwas anders arbeitet.

Das gestellte Aufgabenprofil ist ähnlich, wird aber zum Teil unterschiedlich angegangen. Einigkeit bestand an dieser Stelle darüber, dass die Umsetzung der Themen in den Arbeitsgruppen auf Kreisebene noch nicht wie erhofft verläuft. Die Brandenburger berichteten dazu, dass es sehr gute Erfahrungen bei der Hinzuziehung von externen Fachleuten für die Arbeit in den Gruppen gibt und stellten unter anderem die Arbeit in der Arbeitsgruppe „Wohnen im Alter“ vor.

Großes Interesse fand das Thema Altenparlament. Hier konnte Brigitte Seifert als Vorsitzende des Organisationskomitees des 23. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern ausführlich berichten.

Final an diesem Tag berichtete Joachim Kießling über die erfolgreiche Einführung des Seniorentickets für Senioren ab 65 Jahre in unserem Bundesland, welches auch als großer Erfolg des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern gesehen wird.

Am zweiten Tag besuchte der Landesseniorenbeauftrage für Brandenburg, Norman Asmus, unser Meeting und stellte die seniorenpolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg vor.

Es wurde in diesem Zusammenhang begleitend auf den erstellten seniorenDIALOG 2022 hingewiesen, welcher die Basis für die Leitlinien bildet. Es ergaben sich dabei immer wieder neue Fragen, wie zum Beispiel zu den Themen: Altersgerechtes Wohnen, Ehrenamt, ÖPNV, Gesundheit und Prä-

vention. Letztendlich war die Zeit für den Erfahrungsaustausch viel zu schnell vorbei. Die Vorsitzenden der Räte resümierten ein erfolgreiches erstes Treffen und einen regen Gedankenaustausch in einer guten Atmosphäre. Der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern plant ein nächstes Treffen mit dem Seniorenrat Brandenburg im Herbst 2025 in Schwerin.

Renee Recke

45. Kooperationstreffen Landesseniorenbeirat M-V

Landesverkehrswacht informierte zur verkehrssicheren Mobilität für Senioren

Am 3. März 2025 fand in Schwerin das 45. Kooperationstreffen des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern statt. Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Seniorenorganisationen kamen zusammen, um aktuelle Themen und Herausforderungen zu besprechen, die die ältere Generation betreffen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landesseniorenbeirats folgte ein spannender Vortrag von Andrea Leirich, der Geschäftsführerin der Landesverkehrswacht M-V e.V. Ihr Thema „Sicher unterwegs – Verkehrssichere Mobilität für Seniorinnen und Senioren“ stieß auf großes Interesse. Frau Leirich informierte über aktuelle Initiativen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für ältere Menschen und stellte verschiedene Programme vor, die darauf abzielen, die Mobilität und Unabhängigkeit der Senioren zu fördern.

Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war die Auswertung des XIII. Altenparlaments 2024. Die Teilnehmer diskutierten die Ergebnisse und die daraus gewonnenen Erkenntnisse, die als Grundlage für zukünftige Maßnahmen dienen sollen. Das 45. Kooperationstreffen des LSB war ein erfolgreicher Austausch und zeigt die Wichtigkeit der Vernetzung und Zusammenarbeit in der Seniorenarbeit.

aj

Mitgliederversammlung Deutsche Seniorenvertretung

Zusammenarbeit mit BAGSO soll verstärkt werden

Vom 5. bis 7. März 2025 fand die Mitgliederversammlung der Deutschen Seniorenvertretung (DSV) in Dresden statt, an der Joachim Kießling, Vorsitzender des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e.V., teilnahm.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Tagung bildete die Zusammenarbeit zwischen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) und den 16 Landesseniorenvertretungen. Die Mitgliederversammlung delegierte u. a. die Vertreter der Landesseniorenbeiräte in fünf Arbeitsgruppen der BAGSO. Für unseren Landesseniorenbeirat arbeitet Joachim Kießling in der Arbeitsgruppe „Internationales“ mit. Außerdem wurde eine Resolution für einen angemessenen und sozial differenzierten Inflationsausgleich für die Rentnerinnen und Rentner verabschiedet und an die BAGSO bzw. die Bundesregierung weitergeleitet.

Eine weitere Arbeitsgruppe der DSV beschäftigt sich mit der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, um z. B. durch einen eigenen YouTube Kanal die Aktivitäten der Landesseniorenbeiräte zu bündeln. Unser Landesseniorenbeirat wird hier durch das Vorstandsmitglied Peter Lundershausen vertreten.

Einen sehr interessanten Vortrag gab es zur Wirkung und Anwendung von medizinischem Cannabis. Den Landesvertretungen wird dazu zeitnah eine Informationsbroschüre übergeben, die selbstverständlich auch den Seniorenbeiräten zur Verfügung gestellt wird. Der Beitrag eines DEKRA-Experten informierte über die Eignung, insbesondere von Seniorinnen und Senioren, zum Führen eines Kraftfahrzeuges. Der Referent zeigte anhand von Praxisbeispielen, welche Auswirkungen gesundheitliche Risiken auf das Führen eines Kraftfahrzeuges haben können. Eine realistische Selbsteinschätzung und/oder eine Fremdeinschätzung können helfen, Risiken zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu treffen. Vom Referenten wurde ausdrücklich unsere Initiative befürwortet, dass Seniorinnen und Senioren auf freiwilliger Basis einen Eignungstest, Augen, Gehör und Reaktion zum Führen eines Kraftfahrzeuges beim Hausarzt durchführen lassen und für diese Freiwilligkeit eine Anerkennung in den Bonussystemen der Krankenkassen erhalten. Durch die Politik sind deshalb Abstimmungen mit der kassenärztlichen Vereinigung bzw. mit den Krankenkassen notwendig.

Insgesamt war die Mitgliederversammlung konstruktiv.

Es wurden wichtige Themenfelder der Seniorinnen und Senioren behandelt und Lösungswege aufgezeigt.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 16. Oktober 2025 und 17. Oktober 2025 in Mainz statt.

Joachim Kießling

Gesundheitsförderung und Prävention

Aktionsbündnis für Gesundheit konkretisiert Gesundheitsziele für Ältere

Vor 20 Jahren hat der Landesseniorenbeirat M-V e. V. auf einer Gesundheitskonferenz im Schweriner „Elephanten" erstmalig Gesundheitsziele für Ältere gefordert. 2019 hat das Aktionsbündnis für Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern Gesundheitsziele für das Land beschlossen. Anschließend wurden Schwerpunkte für eine Landesstrategie erarbeitet, um die Erreichung der Gesundheitsziele zu befördern. Im Sommer 2022 erteilte die Kommission zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung in MV den Auftrag zur Weiterentwicklung einer Landesstrategie für Gesundheitsförderung und Prävention, die auf die Umsetzung von Gesundheitszielen ausgerichtet und von der Landesregierung ressortübergreifend gesteuert werden soll. Diese Landesstrategie zielt auf einen flächendeckenden Aufbau integrierter kommunaler Strategien und Strukturen zur Gesundheitsförderung und Prävention, um die Akteure und Aktivitäten in den Regionen zu unterstützen und alle verfügbaren Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Dies erfordert nicht zuletzt eine integrierte und zielgruppenspezifische Gesundheits- und Sozialberichterstattung, wie sie auch von uns seit langem gefordert wird. Die Aufgabe zur Erarbeitung von Gesundheitszielen hat die Landesregierung dem Aktionsbündnis für Gesundheit übertragen, in dem auch mehrere Vertreter des Landesseniorenbeirats aktiv mitgearbeitet haben. Für die drei Lebensphasen „Gesund aufwachsen". „Gesund leben und arbeiten" und „Gesund älter werden" wurden von erfahrenen Praktikern auf der Basis von Daten der Gesundheitsberichterstattung Ziele definiert und vom Aktionsbündnis 2019 veröffentlicht. Folgende Handlungsfelder sind für alle hoch priorisierten Gesundheitsziele relevant und bestehende Arbeitsgruppen auch mit Vertretern des Landesseniorenbeirats besetzt:

- **Bewegungsförderung** – Dr. Georg Weckbach
- **Psychische Gesundheit** – Bernd Rosenheinrich
- **Suchtprävention** – Brigitte Seifert
- **Gesundheitskompetenzen** – Brigitte Gluth

So trifft sich zum Beispiel die AG psychische Gesundheit regelmäßig monatlich. Die Sitzungen sind durch eine konstruktive Atmosphäre geprägt. Alle Teilnehmer bringen ihre fachlichen Kenntnisse und beruflichen Erfahrungen ein. Die Leitung der AG arbeitet zielstrebig und erfolgsorientiert. Hier macht die Mitarbeit Spaß, da jeder Beitrag wertgeschätzt wird. Am 4. April 2025 fand im Rittersaal in Schwerin eine Diskussionsrunde in Form eines World-Cafés statt. Gegenstand war eine gemeinsame Diskussion zur Landesstrategie Gesundheitsförderung und Prävention sowie vor allem auch zum Entwurf der Landeskonzeption Bewegungsförderung und zum aktuellen Stand der Landeskonzeption Psychische Gesundheit. Vertreten wurde der Landesseniorenbeirat von Bernd Rosenheinrich.

Die AG Suchtprävention traf sich am 17.03. per Video und am 01.04. im Sozialministerium Schwerin zum Austausch. In der Arbeitsgruppe arbeitet Brigitte Seifert vom Landesseniorenbeirat mit.

Die AG Gesundheitskompetenzen beschäftigt sich mit der Fähigkeit der Menschen Informationen zum Thema Gesundheit zu finden, zu verstehen, zu bewerten und zu nutzen. Ziel ist es nicht Krankheiten zu bekämpfen, sondern Gesundheit zu erhalten und zu stärken. Brigitte Gluth wirkte in dieser Arbeitsgruppe am 11.03., 02.04. und 06.05.2025 für den LSB mit. Nach einer letzten Sitzung im Juni sollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen Suchtprävention und Gesundheitskompetenzen vorliegen. ■

Deutscher Seniorentag in Mannheim

Es kommt auf uns alle an!

Vom 2. bis 4. April 2025 fand in Mannheim der 14. Deutsche Seniorentag statt. Vom Landesseniorenbeirat nahmen Joachim Kießling, Renee Recke und Dr. Georg Weckbach daran teil. Eine gute Organisation, vielfältige Inhalte der Ausstellungen und Vorträge sowie sonniges Wetter machten die drei Tage zu einem interessanten Erlebnis. Ein Highlight am ersten Tag war der Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz. In der Veranstaltung „Worauf es ankommt – Bundeskanzler Olaf Scholz im Gespräch" sagte er: „Wir können stolz darauf sein, dass wir eine alternde Gesellschaft sind. Es ist ein großes Geschenk, dass wir durch den medizinischen Fortschritt, wirtschaftlichen Wohlstand und einem funktionierenden Sozialstaat ein Land sind, in dem so viele Menschen die Möglichkeit haben ein langes Leben zu führen."

Die Mannheimer Erklärung der BAGSO war an Politik und Gesellschaft gerichtet. Sie fordert, die Kompetenzen und Ressourcen der Älteren für die Lösung

Renee Recke, Joachim Kießling, Dr. Georg Weckbach (v.l.) auf dem Seniorentag

der anstehenden Aufgaben mehr in den Blick zu nehmen, ein differenziertes, zeitgemäßes Bild vom Alter zu fördern, sowie Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzuwirken. So ist es dringend notwendig, das Merkmal Lebensalter in Artikel 3 des Grundgesetzes aufzunehmen. Zu den Erwartungen der Älteren an die Politik gehört auch, eine bezahlbare, professionelle Pflege sicherzustellen und die Digitalisierung nutzerfreundlich, sicher und für alle zugänglich zu gestalten, sowie das Recht auf ein analoges Leben zu erhalten.

Im Congress Center Mannheim hatten 180 Aussteller Informationsstände aufgebaut und boten Informationen und Beratung zu seniorenrelevanten Themen an. Außerdem wurden an allen drei Tagen mehr als 100 Vorträge angeboten. Diese Vielfalt machte ein abgestimmtes Vorgehen notwendig.

Zur Gesundheitsförderung informierte sich Dr. Georg Weckbach. Für diesen Bereich heißt es in der Mannheimer Erklärung: „Zu einem möglichst gesunden Älterwerden gehören nicht nur Sport und Bewegung, sondern auch die Bereitschaft, sich lebenslang weiterzubilden." Das war alles zu Sport und Bewegung – und setzte sich inhaltlich teilweise auch in den Vorträgen und Ausstellungen fort. Der DOSB verteilte zum Sport der Älteren einen Flyer von 2017. Der Deutsche Turnerbund trug zur Thematik Kommunale Bewegungsförderung vor. Sein Projekt „AuF leben" (Im Alter AKTIV und FIT leben) wird in sieben Bundesländern erprobt. Auch weitere Bundes-Organisationen boten attraktive Möglichkeiten der Gesundheitsförderung z. B. durch Bewegung in Kommunen an – ohne notwendige Unterorganisationen in den Ländern bzw. Kommunen. Neu: Die TSG Seckenheim bietet einen Gymnastik-Kurs für Rollator-Nutzer an. Über das Thema Pflege im Alter im ganzheitlichen Sinne als Zusammenspiel körperlicher, medizinischer und sozialer Aspekte, informierte sich Renee Recke.

In zahlreichen Workshops und Podiumsdiskussionen wurde das Thema vertieft. Prof. Dr. Andreas Kruse, Vorstandsmitglied der BAGSO, sprach in seinem Vortrag über Sorge und Pflege in kommunaler Verantwortung. Er plädierte dafür, Pflege verstärkt als kommunale Aufgabe zu denken: „Neben dem medizinischen Versorgungssystem tritt heute das pflegerische Versorgungssystem zunehmend ins Zentrum. Die Frage, wie zukunftsfähige Gemeinschaften aussehen können, hängt unmittelbar mit Pflege zusammen. Familien, Fachkräfte aus Pflege, Medizin und Sozialarbeit, sowie ehrenamtlich Engagierte müssen kooperieren und das am besten auf kommunaler Ebene." Auch Prof. Dr. Thomas Klie von der Evangelischen Hochschule Freiburg sprach in einem Workshop über ein gutes Leben im Alter, insbesondere mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. „Inzwischen gibt es in Deutschland mehr pflegebedürftige Wahlberechtigte als Menschen unter 30 Jahren. Demokratie bedeutet, allen Bürgerinnen und Bürgern Bedingungen für ein gutes Leben zu schaffen – unabhängig vom Alter", wies er auf diese bemerkenswerte Tatsache hin.

Auch Joachim Kießling informierte sich umfassend an den Ausstellungsständen. Bei den Vorträgen besuchte er u. a. den Vortrag mit Musik zu Fragen des persönlichen Alterns von Prof. Dr. Kruse. Auch die Gesprächsrunde, „Die Verletzlichkeit des Alterns" mit Prof. Dr. Keil und Franz Müntefering gab vielfältige Anregungen. Der elektronischen Patientenakte, gesunder Ernährung, Kriminalitätsprävention, Finanzen und Vorsorge im Seniorenalter waren weitere Vorträge gewidmet.

Ein bedeutendes Thema war auch die Medienkompetenz – wie werden wir zukünftig analog oder digital informiert.

Einsamkeit im Alter wurde ebenfalls angesprochen und es wurden Möglichkeiten des Umgangs vorgetragen. Insgesamt war der Seniorentag eine interessante Veranstaltung und es wurden neue Kontakte und Netzwerke geknüpft. Das Motto des 14.Seniorentags „Worauf es ankommt" wurde abschließend in der Mannheimer Erklärung beantwortet:

Es kommt auf uns alle an!

Dr. Weckbach

Zwischen den Monaten

Ergebnisse von Februar bis Mai in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Auf Einladung der Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Ukrainisch-orthodoxen Kirche trafen sich Vertreter aus Politik, Vereinen und Hilfsorganisationen mit Geflüchteten aus der Ukraine am 24.02.2025 in der Paulskirche Schwerin. Vom Landesseniorenbeirat nahm Joachim Kießling an der Veranstaltung teil. Anlässlich des dritten **Jahrestages der Invasion russischer Truppen in der Ukraine** wurde mit einer Kerzen-und Kranzniederlegung an das Leid von Millionen Ukrainer gedacht. Ein Bekenntnis zum Ende des Krieges und für einen gerechten Frieden bildete den Abschluss der Gedenkveranstaltung.

*

In diesem Quartal tagte die AG **„Pakt für Pflege – Herausforderung Demenz“** erneut mehrfach. Bernd Rosenheinrich vertritt in diesem Gremium den Landesseniorenbeirat. Mitte März 2025 fand das geplante Konsensus-Treffen mit Ärzteschaft/Apotheken statt. Die dort genannten Aspekte werden soweit möglich im Demenzplan M-V berücksichtigt.

Ende März wurde ein wissenschaftlicher Beirat „Herausforderung Demenz“ konstituiert. Der Beirat soll einbezogen werden, um aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu berücksichtigen, inhaltliches Feedback zu dem Demenzplan M-V abzugeben sowie Überlegungen zur Evaluation des Demenzplans und der Modellkommunen der Landesfachstelle Demenz anzustellen.

Die Leiterin der AG, Dr. Lili Neumann, stellte die Planungen des Referates für Belange pflegebedürftiger Menschen des Sozialministeriums anhand einer Präsentation vor. Es wurde auf Schulungsunterlagen der BARMER für Online-Schulungen und das Curriculum zur Ausbildung von Nachbarschaftshelfern hingewiesen. Anja Schulz von der Landesfachstelle Demenz erinnerte an die Einladung zum 2. Fachtag der Landesfachstelle Demenz am 14. Mai 2025 in Parchim.

Im April fand ein gemeinsamer Workshop der AG Demenz, AG Häuslichkeit, AG Sozialraum und der AG Beratung Case Management zur „Sorgenden Gemeinschaft“ („Caring Community“) statt.

Es wurde eine gemeinsame AG „Caring Community“ gebildet. Mein Appell: Die deutsche Sprache bietet ausreichende Möglichkeiten zur Beschreibung unserer Aufgaben. Verwenden wir deutsche Begriffe, die auch alle Betroffenen und Ehrenamtlichen verstehen.

*

Im März nahm Bernd Rosenheinrich an der **gemeinsamen Sitzung des Erwerbslosenbeirates M-V und der Landesarmutskonferenz M-V** teil. Es wurde weiter inhaltlich an der Präzisierung der Fachtagung „Armutsrisiko Altern – Altersrisiko Armut“ am 10.10.2025 in der Hochschule Neubrandenburg gearbeitet. Erfreut wurde die künftige Mitarbeit von Heiko Lietz in der Landesarmutskonferenz zur Kenntnis genommen.

Er ist einer der wenigen Bürgerrechtler aus der DDR, der sich auch heute noch für die Rechte Benachteiligter einsetzt. Leider mussten wir die Teilnehmer darüber informieren, dass auf den Brief des Landesseniorenbeirats M-V vom 01.10.2024 an den Bundeskanzler zur Zahlung eines Inflationsausgleichs von 3000 Euro an die Rentner, ähnlich der Zahlung an Pensionäre, keine Antwort erfolgt ist. Gleichzeitig hatten wir die Ministerpräsidentin um Unterstützung im Bundesrat gebeten. Die in ihrem Auftrag erteilte Antwort an den LSB ist inhaltlich inakzeptabel und wurde den Mitgliedern der Landesarmutskonferenz zur Kenntnis gegeben.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Thorsten Frei, hat für die kommenden Jahre Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme angekündigt. „Gesundheit, Pflege und Rente, das sind die großen Herausforderungen.

Da werden auch unangenehme Entscheidungen getroffen werden müssen“, sagte er dem Portal Table Briefings vor Ostern. (jW)

Erste Auswirkungen sieht man bei der Erhöhung der Mütterrente. Die für Niedrigstlohn gearbeitet haben und deshalb Grundsicherung erhalten, gehen leer aus. Die Erhöhung wird auf die Grundsicherung angerechnet. Die Mütter, die gar keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sind, erhalten natürlich die Erhöhung. Das ist soziale Gerechtigkeit.

*

Am 20. März folgte Brigitte Seifert der Einladung der **Fachwerkstatt „Engagementfördernde Strukturen M-V** nach Güstrow. Im Mittelpunkt der Fachwerkstatt steht die Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aus dem Forschungsprojekt „Gelingensbedingungen und Herausforderungen für die Engagementförderung“ der Hochschule Neubrandenburg.

Zudem soll die Fachwerkstatt der Vernetzung der Vertreterinnen und Vertreter von engagementfördernden Einrichtungen dienen.

*

Joachim Kießling nahm am 26. März an der Sitzung der **Verkehrssicherheitskommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern** teil.

Er brachte den Vorschlag ein, dass die Landesregierung auf die Krankenkassen zugehen möge, um freiwillige Fahrtüchtigkeitsuntersuchungen für Senioren in die Bonusprogramme der Krankenkassen aufzunehmen. Derzeit befindet sich der LSB mit den zuständigen Entscheidungsträgern im Austausch.

Im April fand die **Vorstandssitzung des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung** unter Leitung des Vorsitzenden des LfK Staatssekretär Wolfgang Schmülling statt. Vom LSB nahm Bernd Rosenheinrich als Leiter der AG „Seniorensicherheit" teil. Nach Informationen aus der Geschäftsstelle stellten Wenke Brüdgam und Dörte Lüdeking die Aufgaben der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, der Leitstelle für Frauen und Gleichstellung der Landesregierung im Justizministerium vor. Anschließend wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 erläutert. Weitere Präventionsprojekte folgten. Die AG „Seniorensicherheit" beschäftigte sich weiter mit dem Thema „Gewalt in der Pflege" und der Erarbeitung von Informationsmaterial zum Thema. Die Lenkungsgruppe für den Landespräventionstag am 03. Juli 2025 in der Hochschule Neubrandenburg bestätigte den Vorschlag für das Programm und die Rahmenbedingungen. Der Einsendeschluss für die Einreichung von Projekten zur Preisverleihung wurde bis Mitte Mai verlängert.

*

Der **Landespflegeausschuss Mecklenburg-Vorpommern** tagte am 4. April in Schwerin. Brigitte Gluth nahm für den Landesseniorenbeirat teil. Hier wurde der Pflegereport 2024 der AOK vorgestellt. Der Begleitausschuss „Pakt für Pflege" informierte die Mitglieder des Ausschusses über die Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen.

*

Am 4. April 2025 feierte der **Greifswalder Seniorenbeirat sein 30. Jubiläum**. Die Festveranstaltung wurde im Beisein des Oberbürgermeisters und zahlreicher Gäste des Seniorenbeirats der Universitäts- und Hansestadt Greifswald feierlich begangen. Der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern wurde durch Peter Lundershausen vertreten.
(siehe Beitrag auf Seite 30)

Peter Lundershausen nahm am 9. April an der KI-Beiratssitzung der Universität Rostock teil.
In der Sitzung ging es um die Vorbereitung der Organisation einer interaktiven Themenwoche zum Thema **„KI in der Medizin – sind wir bereit?"**, die sich mit der Zukunft des Gesundheitswesens in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt. Die Themenwoche verfolgt das Ziel, die Bevölkerung für das Thema Künstliche Intelligenz im Gesundheitswesen zu sensibilisieren, Akteure zu vernetzen und Barrieren abzubauen. Dabei werden klassische Veranstaltungsformate wie Podiumsdiskussionen und Ausstellungstouren mit interaktiven und kreativen Ansätzen kombiniert

*

Am 25. April 2025 fand der **Workshop der Initiative von mv-works** statt. Hier vertrat Peter Lundershausen im Workshop Indentifikation und Herausforderungen den Seniorenbereich. Es ging um Möglichkeiten der Unterstützung für Vereine und Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern bei der Identifikation und Umsetzung von **KI-Use-Cases**. Sie lieferte Grundlagenwissen, Praxisbeispiele und methodische Hilfen zur Entwicklung eigener KI-Anwendungsfälle.

*

An der **Fachtagung „Beteiligungskultur & Klimaschutz in MV"** am 05.05.2025 in Lehsten nahm Peter Lundershausen als Vertreter des Landesseniorenbeirates M-V teil. Es wurde das Pilotprogramm „Beteiligungskultur & Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern", das von März 2025 bis Februar 2027 läuft, vorgestellt. Ziel ist es, vor Ort Angebote zu unterbreiten, um Teilhabe und Klimaschutz auf kommunaler Ebene zu stärken. Es wird von neun regionalen Partnerorganisationen getragen und vom Land Mecklenburg-Vorpommern finanziert. Eine Erkenntnis war, dass es den „ländlichen Raum" so nicht gibt. Hinsichtlich der Ressourcen und der Gestaltungsmöglichkeiten von Klimaschutzmaßnahmen liegen die Möglichkeiten kleiner, abgelegener Orte mit ehrenamtlichen Bürgermeistern sowie ihren Bewohnern und Kommunen mit Amtssitz weit auseinander.
Vertrauen entsteht dort, wo Menschen Gestaltungsmacht, Sinn und Nutzen erleben, abstrakte Klimapolitik wird nicht angenommen. Klimaschutz als soziale Investition übersetzen – in Versorgungssicherheit, Zusammenarbeit und Lebensqualität denken.

*

Am 5. Mai nahm Peter Lundershausen an der Sitzung der Jury zum **Fotowettbewerb „Pflegeleidenschaft sehen"** teil. Die eingereichten Bilder in den Kategorien „Pflege hautnah" und „Ausbildung" wurden bewertet und die beiden Siegerfotos ausgewählt, welche auf dem Pflegegipfel 2025 in Mecklenburg-Vorpommern am 12.05.2025 in Rostock je Kategorie mit einer Urkunde und 1.000 € ausgezeichnet wurden. ■

Tag der Begegnung zum 33. Mal

Vertreter aus Politik und Kirche im Erfahrungsaustausch

Am 16. April 2025 hatte die Nordkirche zum 33. Mal zum Tag der Begegnung von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Kirche eingeladen. Auf die Frage, ob für unsere demokratische Gesellschaft nicht ein Wert darin liegt, dass sich die Kirche öffentlich zu Wort meldet und damit auch einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet, kam man sehr intensiv ins Gespräch. Besonders erfreulich war, dass auch wiederum der Landesseniorenbeirat MV, vertreten durch Renee Recke, dazu eingeladen war. Auch für Senioren spielt die Kirche im öffentlichen Leben eine zentrale Rolle. Der Bischof im Sprengel Mecklenburg-Vorpommern, Tilman Jeremias, dankte allen für das Kommen und führte durch die Veranstaltung. Nach einer Andacht im Güstrower Dom trafen sich alle Gäste im Haus der Kirche zu Güstrow. Eingangs der Begegnung gab es einen Impulsvortrag zum Thema: Wie politisch soll die Kirche sein? Alle konnten dazu den Ausführungen von Prof. Dr. Bedford-Strohm, Vorsitzender des Weltkirchenrats, zuhören. Er führte in seiner Rede an, dass aus seiner Sicht die Kirche neben anderen gesellschaftlichen Institutionen den Auftrag tatsächlich hat, sich für eine Orientierung in der Gesellschaft einzusetzen. Es liegt in ihrer DNA sich für das gute Leben interessieren zu müssen. Die Kirche hat

Prof. Dr. Bedford-Strohm, Bischof Tilman Jeremias (v.l.) *Foto: Renee Recke*

nicht nur den Auftrag, sondern auch die Aufgabe, sich für die Fragen zu interessieren: wie wollen wir leben und welche Orientierungen brauchen wir. Prof. Dr. Bedford-Strohm betonte, dass gesellschaftliche Debatten weit über das Betreiben von Parteipolitik hinausgehen müsse. Es geht insbesondere darum, ethische Grundorientierungen im Blick zu behalten, um damit den Einsatz für die Bedürftigen fördern zu können.

Im Anschluss entstand eine lebhafte Diskussion, in der die Teilnehmenden übereinstimmten, dass Hass und Hetze im öffentlichen Diskurs keinen Nährboden finden dürfen. Gleichzeitig wurde betont, wie wichtig Geduld und langfristiges Begleiten gesellschaftlicher Prozesse sind, um nachhaltige Veränderungen zu ermöglichen.

Zum Abschluss zeigten sich alle einig, dass der Austausch wichtige Impulse für das Zusammenspiel von Kirche und Politik gegeben habe. Zugleich wurde bedauert, dass die zur Verfügung stehende Zeit für die vielfältigen Themen und Fragen zu knapp bemessen war. *RR*

Beratungsunternehmen hilft bei Generationenwechsel

Unterstützung des Landes bei der Anwerbung von Ärztinnen und Ärzten

Die Sicherstellung einer guten Gesundheitsversorgung ist gerade in den ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns eine zunehmende Herausforderung. So schreitet etwa der Generationenwechsel bei den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten weiter voran. Mit einem speziellen Beratungsangebot des Landes sollen Kommunen unterstützt werden, wohnortnahe, ambulante Gesundheitsangebote zu erhalten.

Das im Jahr 2023 gestartete und vom Land aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF+) geförderte Beratungsangebot für Kommunen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen wird nach neuerlicher Ausschreibung bis zum 30. Juni 2028 verlängert. Durchgeführt wird die landesweite Beratung durch das

Rostocker Unternehmen ATI Küste. Gemeinsam mit interessierten Gemeinden, Landkreisen oder auch Kommunalpolitikern und potenziellen Trägern ambulanter ärztlicher Versorgungsstrukturen erarbeiten die Beraterinnen und Berater kostenlos und neutral ein individuell passendes Konzept und vernetzen Akteure des Gesundheitswesens miteinander.

So können Praxisnachfolgen gefunden, aber auch Neuansiedelungen umgesetzt werden. Die jeweiligen Auftraggeber profitieren hierbei von besonderen Kompetenzen des Beratungsteams, die sich vom (Standort-) marketing, bis hin zur betriebswirtschaftlichen Planung und Gründung von Gesundheitseinrichtungen erstrecken.

Inzwischen erhielten bereits mehr als 20 Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern gezielte Unterstützung.
Insgesamt stellt das Land für die zweite Förderphase des Beratungsangebotes Mittel in Höhe von 1.32 Millionen Euro zur Verfügung. Sie stammen aus dem Europäischen Sozialfonds Plus. (ESF+)

13 Millionen medizinische Behandlungsfälle

Stefanie Drese für bessere Patienten-Steuerung im ambulanten Bereich

Der Landtag beschäftigte sich am 10. April 2025 mit den Herausforderungen zur Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern.
Gesundheitsministerin Stefanie Drese hob in der Debatte hervor, dass in Mecklenburg-Vorpommern rund 13 Millionen Behandlungsfälle (Patienten je Quartal) jährlich allein im ambulanten Bereich ärztlich versorgt werden. Das bedeutet, insgesamt fast acht Behandlungsfälle je Einwohnerin und Einwohner im Jahr. Damit liegen die Ärztinnen und Ärzte in unserem Land bundesweit ganz oben.
Bei dieser Fülle von Behandlungsfällen sind die Kapazitäten oft überstrapaziert. „Wir haben also keine schlechte Versorgung, sondern ein Steuerungsdefizit und das auf mehreren Ebenen. Hier müssen wir ansetzen“, sagte Drese.
Wartezeiten auf Vorsorge- oder Routinetermine müssen im Unterschied zu Wartezeiten auf Akutbehandlungen unterschieden werden. Wer zu einer Vorsorgeuntersuchung geht, kann auch längere Wartezeiten in Kauf nehmen.
Die schlechte Termintreue ist ebenfalls ein Problem. Von den Terminen, welche die Terminservicestelle vermittelt, wird beinahe die Hälfte geschwänzt. Diese Termine fehlen am Ende anderen Patienten.

Ein anderes Beispiel ist, dass etliche Patienten unter Umgehung ihrer Hausarztpraxis direkt den Facharzt ansteuern und dass auch in Fällen, die eine Hausarztpraxis sogar abschließend versorgen könnte.
Die Engpässe in der fachärztlichen Versorgung sind also teilweise selbstgemacht.
Nach Ansicht von Drese müssen zudem nichtärztliche Berufsgruppen noch stärker in die Versorgung eingebunden werden. Diese Pflegefachpersonen können Gesundheitszustände prüfen, Vital- und Laborparameter kontrollieren, Beratungen durchführen und Heil- sowie Hilfsmittel verordnen.

Alters- und demenzgerechtes Leben

Fachtag „Sorge schafft Gesellschaft – Gesellschaft schafft Sorge“

Unter dem Titel „Sorge schafft Gesellschaft – Gesellschaft schafft Sorge“ fand am 14.05.2025 in Parchim der zweite Fachtag der Landesfachstelle Demenz M-V in Kooperation mit dem Sozialministerium statt. Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, der Wohlfahrtspflege und Beschäftigte aus dem Bereich Gesundheit waren zusammengekommen, um zu diskutieren, wie Lebensräume demenzfreundlicher gestaltet werden können.

Da sich bei einem steigenden Alter der eigene Lebensmittelpunkt zumeist auch auf das direkte Umfeld reduziert ist es besonders wichtig, passende Sorge- und Pflegestrukturen direkt vor Ort zu etablieren, auch der soziale Aspekt darf hierbei nicht zu kurz kommen. Auf dem Fachtag wurde deshalb darüber diskutiert, wie aus einer Nachbarschaft eine sorgende Gesellschaft werden kann. Beispielsweise mit der Nachbarschaftshilfe oder Ansätze eines demenzfreundlichen Einkaufsquartiers nach dem Vorbild der Schweriner Höfe.
So sind in den Schweriner Höfen seit dem vergangenen Jahr nicht nur alle Mitarbeitenden für den Umgang mit von Demenz Betroffenen geschult, sondern auch zusätzlich angebrachte Piktogramme helfen bei der Orientierung. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass Erkrankte trotz Demenz weiter selbstbestimmt und würdevoll am Alltagsleben teilnehmen können.

Ernährung-Armut-Einsamkeit im Alter

Projektbroschüre informiert über kleines Budget und ausgewogene Ernährung

In Mecklenburg-Vorpommern stellt die demografische Entwicklung eine besondere Herausforderung dar. Viele Seniorinnen und Senioren sehen sich mit den Auswirkungen eines kleineren Budgets und der Notwendigkeit einer ausgewogenen Ernährung konfrontiert.

Um diese Herausforderungen anzugehen, wurde das Projekt „Ernährung, Armut, Einsamkeit im Alter" ins Leben gerufen. Das Projekt der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e. V. zielt darauf ab, ältere Menschen in diesen wichtigen Lebensbereichen zu unterstützen und Bewusstsein für die Bedeutung einer gesunden Ernährung und sozialer Teilhabe zu schaffen.

Das Projekt wurde bis zum 15. März 2025 unter anderem in Kooperation mit dem Landesseniorenbeirat durchgeführt. Inzwischen gibt es weitere Projekte, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Eine Liste mit Links und weiteren Ressourcen sind in der Projektbroschüre zu finden.

Die Erstellung einer informativen Broschüre war ein wesentlicher Bestandteil des Projekts. Diese nun erhältliche Publikation beleuchtet die Themen Ernährungsarmut im Alter und bietet neben einer Darstellung der Projektaktivitäten auch relevante Informationen für die Zielgruppe.

Die Broschüre kann über den Landesseniorenbeirat bezogen werden.

Auskünfte zum Projekt erteilt Charlotte Hinrichs (charlotte.hinrichs@lvg-mv.de oder 0385 2007 386 12). ■

Zum 18. Mal finden in MV-Ehrenamtsmessen statt

Der Start erfolgte in Neustrelitz

Bereits zum 18. Mal laden in Mecklenburg-Vorpommern die Ehrenamtsmessen interessierte Bürgerinnen und Bürger dazu ein, sich über die vielfältigen Möglichkeiten des Engagements zu informieren und Vereine, Verbände und Organisationen in der eigenen Region kennenzulernen. Fünf Messen sind landesweit geplant, den Auftakt machte Neustrelitz. Sozial-Staatssekretärin Sylvia Grimm eröffnete die Messe. Es wurde in diesem Jahr mit bis zu 230 Ausstellern, davon allein 40 im Neustrelitzer Landdeszentrum für erneuerbare Energien (LEEA) gerechnet.

Mit den Messen soll vor allem auch das Bewusstsein für den hohen gesellschaftlichen Wert des freiwilligen Engagements stärker in den Fokus gerückt werden. Die Messen zeigen zudem auf, welche Angebote in der Region durch das freiwillige Engagement bestehen. Weitere Messen fanden im April bereits in Güstrow und Wismar statt. In Grimmen und Torgelow werden die geplanten Ehrenamtsmessen im Juni durchgeführt. ■

Erarbeitung seniorenpolitisches Gesamtkonzept

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte als Vorreiter

Die Regierungsfraktionen SPD und DIE LINKE haben in ihrem Koalitionsvertrag für die laufende Wahlperiode gleich mehrere Beschlüsse für die Entwicklung der Seniorenpolitik im Land festgeschrieben.

Dazu gehört die Erstellung seniorenpolitischer Konzepte in den Landkreisen. Für die Umsetzung hat der Landtag auf Antrag von SPD und DIE LINKE Ende 2022 einen Beschluss auf den Weg gebracht und entsprechende Mittel bereitgestellt.

Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, der größte Landkreis in ganz Deutschland, stellte jüngst sein fertiggestelltes seniorenpolitisches Gesamtkonzept vor.

Dafür erhielten sie finanzielle Unterstützung des Landes in Höhe von ca. 300.000 Euro.

Christine Klingohr, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Sozial- und Seniorenpolitik, zeigt sich mit dem

Ergebnis sehr zufrieden. „Mit dem seniorenpolitischen Gesamtkonzept liegt nun eine umfassende und zukunftsorientierte Strategie für ein aktives und selbstbestimmtes Älterwerden in den Städten und Gemeinden des Landkreises vor."
Dafür wurden insgesamt elf Handlungsfelder von Wohnen im Alter über ehrenamtliches Engagement bis hin zu Pflege und Hospizversorgung analysiert.
Zu jedem Handlungsfeld wurden darauf aufbauend Handlungsempfehlungen entwickelt.
Christine Klingohr erklärt weiter: „Wir müssen innovative und soziale Lösungen entwickeln, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Dabei müssen wir uns die Frage stellen, wie wir im Alter wohnen wollen, wie wir zum Arzt gelangen und wie wir unsere sozialen Kontakte pflegen können." All diese Fragen thematisiere der Abschlussbericht des Projekts.
Doch das Projekt habe über den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte hinaus auch Modellcharakter und kann dadurch Wirkung für ganz MV entfalten. „Wir haben mit Landesmitteln die Erarbeitung eines Konzepts ermöglicht, welches Landkreise und Kommunen in MV als Orientierung für die Gestaltung einer zeitgemäßen Seniorenpolitik nutzen können. Ein großer Dank geht an den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte für die Erarbeitung und den sehr guten Austausch mit den verschiedenen Akteuren. Auch damit schaffen wir die Basis für ein gutes Leben im Alter für alle Menschen in unserem Bundesland", betont Klingohr. ■

Wortmeldung

Angst vor Altersarmut

Nach einer nicht repräsentativen Umfrage des NDR macht sich die Mehrheit der Senioren, die noch nicht in Rente sind, große Sorgen, im Alter arm zu sein. Woher kommt diese Angst, ist sie verständlich?
Ich meine: Ja! Denn Armut im Alter ist ein wachsendes soziales Problem in Deutschland.
Viele Rentner haben nur ein geringes Einkommen und sind auf zusätzliche Hilfe durch die Grundsicherung angewiesen. Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes sind 2024 ca. 18 Prozent der über 65-Jährigen armutsgefährdet.
Dabei gilt als Armutsgefährdungsschwelle rund 60 Prozent der mittleren Einkommen. Das Renteneinkommen in Deutschland variiert stark und ist abhängig vom Geschlecht, der Region, der Erwerbsbiografie und der Rentenart.
Etwa 4,9 Millionen Rentner beziehen ein persönliches Nettoeinkommen von weniger als 1 000 Euro im Monat, dies entspricht einem Anteil von 27,8 Prozent der Rentenbeziehenden (lt. Statistischem Bundesamt 2021) Besonders betroffen sind Frauen, hiernach haben 38,2 Prozent ein Nettoeinkommen unter 1 000 Euro.
Wenn man dann noch bedenkt, dass die Lebenshaltungskosten wie Miete, Energie, Lebensmittel und Gesundheit steigen, wird deutlich, dass das Risiko von einer Altersarmut anwächst. Im Jahr 2022 betrug die Inflationsrate 6,9 Prozent, 2023 lag sie bei 5,9. und im Jahr 2024 verringerte sie sich auf 2,2 Prozent. Zwar sinkt die Inflationsrate, aber die Kerninflation bleibt erhöht. Die Preisentwicklung in bestimmten Bereichen wie Dienstleistungen und Nahrungsmitteln ist weiterhin dynamisch.
Es gibt für Rentner, die eine niedrige Rente beziehen, zwar staatliche Unterstützung z. B. die Grundsicherung im Alter, Wohngeld, Heizkostenzuschüsse, Pflegeleistungen. Auch Seniorenangebote, wie Tafeln, Sozialkaufhäuser, vergünstigte Verkehrstickets und Beratungsstellen helfen zusätzlich. Aber viele ältere Menschen verzichten auf ihren Anspruch auf Sozialhilfe aus Scham oder Unwissenheit.
Mit der neuen Bundesregierung besteht die Hoffnung und der Wunsch, endlich eine Reform der gesetzlichen Rente vorzunehmen.
Dazu wäre z. B. die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung oder einer solidarischen Mindestrente vorstellbar. Die Private Altersvorsorge wird zwar jetzt schon gefördert, aber bei Geringverdienern reicht dies oft nicht aus. Auch wäre es eine Zielstellung, dass alle Erwerbstätigen – auch Beamte, Selbstständige und Politiker – in die gesetzliche Rente einzahlen.
Diskutiert wird auch, das Renteneintrittsalter flexibler zu gestalten, z. B. durch die Einführung einer „Teilrente", eine Kombination aus Arbeit und Rente. Aber auch schon die Stärkung des Erwerbslebens kann dazu beitragen, dass sich die Rentensituation verbessern kann, z. B. durch Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der prekären Beschäftigung, Erhöhung der Löhne oder Förderung der Frauen und dadurch Erreichung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Gegen Altersarmut kann sowohl auf individueller Ebene als auch durch politische Maßnahmen einiges unternommen werden.
Franz Müntefering, ehemaliger Bundesarbeitsminister, sagte. „Wer ein Leben lang arbeitet, muss im Alter mehr haben als jemand, der nie gearbeitet hat."

Walter Heinrich
Mitglied im Seniorenbeirat Schwerin

Impfung älterer Menschen gegen Pneumokokken

Gesetzliche Krankenkassen überziehen Ärzte in MV mit Regresswelle

Pneumokokken sind Bakterien, die den Nasen-Rachen-Raum besiedeln und schwere Infektionen wie beispielsweise eine Hirnhautentzündung oder eine Lungenentzündung hervorrufen können. Besonders ältere Menschen sind anfällig für eine Infektion, weshalb ihnen die behandelnden Ärzte eine Impfung empfehlen. Bei Menschen über 60 Jahren gilt die Impfung gegen Pneumokokken als sogenannte Standardimpfung. Dass eine hohe Impfquote auch im Interesse der Krankenkassen ist, davon war man bislang auch bei der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern (KVMV) als Interessenvertretung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte überzeugt. „Jeder Patient, der geschützt ist und bei dem eine Lungenentzündung vermieden wird, ist ein potenzieller Krankenhausfall weniger", sagt Diplommedizinerin Angelika von Schütz, Vorstandsvorsitzende der KVMV. Dessen ungeachtet sollen nun aber rund 100 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte in M-V die Kosten für den verwendeten Impfstoff (Markenname Apexxnar®) aus eigener Tasche bezahlen, obwohl sie ihre Patienten adäquat nach dem Stand der wissenschaftlichen Empfehlungen der Ständigen Impfkommission versorgt haben. „Die Krankenkassen haben in diesen Fällen aus rein formalen Gründen Regressanträge gegen unsere Mitglieder gestellt", sagt Dr. Tilo Schneider, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KVMV und Hausarzt in Rostock. Hintergrund: Zum Zeitpunkt der Bestellung des Impfstoffs durch die Arztpraxen war ein Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses, der über die Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen entscheidet, zwar gefasst, aber noch nicht in Kraft getreten. Dies erfolgte erst zwei Monate später Mitte Januar 2024, weil noch eine formale Beanstandungsfrist des Bundesgesundheitsministeriums lief. Aus Sicht der Ärzte verstrich dadurch mitten in der Impfsaison wertvolle Zeit. Nun sollen Ärzte, die den Impfstoff zur adäquaten Versorgung ihrer Versicherten zeitnah bestellt haben, die Kosten aus eigener Tasche zahlen. In einzelnen Fällen belaufen sich die Kosten auf mehrere Tausend Euro pro Praxis. „Mecklenburg-Vorpommern gehört bei den Impfquoten bundesweit zu den Spitzenreitern", sagt Dr. Schneider. „Dies liegt maßgeblich daran, dass unsere Kolleginnen und Kollegen sich bei diesem für die Prävention so wichtigen Thema überdurchschnittlich engagieren. Dieses Engagement wird nun durch die Krankenkassen mit rein bürokratisch begründeten Regressen bestraft. Das wird nicht ohne Folgen für die Motivation der Niedergelassenen bleiben." Die KVMV hatte sich bis zuletzt um eine vernünftige Lösung mit der AOK als federführender Krankenkasse bemüht. „Bereits seit Ende letzten Jahres haben wir versucht, die Krankenkassen zu einer Rücknahme der Anträge zu bewegen und auch den Vorstand der AOK Nordost persönlich angesprochen. Wir wurden jedoch immer nur mit Zwischenmitteilungen hingehalten", sagt Dipl.-Med. Angelika von Schütz. Obwohl die Regressbescheide inzwischen zugestellt seien, will der KVMV-Vorstand die Hoffnung auf eine Lösung noch nicht aufgeben. „Aber der Ball liegt nun klar im Feld der Krankenkassen." ■

Impulse vom 14. Deutschen Seniorentag

Landesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik MV DIE LINKE in Mannheim

Mit der Bahn reiste eine kleine Delegation unserer Landesarbeitsgemeinschaft am 2. April in das ferne Baden-Württemberg, um am von der BAGSO organisierten großen Seniorentreffen mit seinen vielfältigen Angeboten teilzunehmen.

„Ein gutes Leben für alle. Ein verlorener Traum?" Das Thema der Podiumsdiskussion beim 14. Deutschen Seniorentag lockte nicht nur ältere Menschen in den Musen-Saal des Mannheimer Congress Centers Rosengarten. Nicht zu übersehen war, dass sich auch Teilnehmende im jugendlichen Alter zur Veranstaltung der BAG Senior*innenpolitik der Partei DIE LINKE eingefunden hatten. Durch die Jugendpolitische Sprecherin Lisa Pfitzmann wurde die Diskussion flott anmoderiert. Neben der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Heidi Reichinnek hatte die Sprecherin der LAG Sachsen Christine Pastor auf der Bühne Platz genommen und sprach sofort als ein Problem im Alter das Wohnen an. Sie beklagte die Verdrängung langjähriger Mieter durch Mietenspekulation und Luxussanierung. Heidi Reichinnek stellte klar, dass das Problem alle Generationen betrifft. DIE LINKE setzt sich für faire Mieten und einen Mietendeckel ein. Was in Berlin mit dem Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungskonzerne begonnen wurde, ist jetzt bundesweit aufzugreifen. Dabei geht es nicht gegen die kleinen Vermieter. Wir fordern mehr finanzielle Mittel

Eine Debatte mit Anstößen

Fotos: Klaus Röber

Teilnehmende aus MV am Info-Stand ihrer Arbeitsgemeinschaft

für den sozialen Wohnungsbau, denn immer mehr Menschen können ihre überhöhte Miete nicht selbst zahlen.

Christine Pastor erläuterte, warum sich junge Leute für die Pflege interessieren sollen: Alle sind von den Pflegebedingungen betroffen, als Pflegebedürftige, als in der Pflege Beschäftigte, pflegende Angehörige, beim Umgang mit Behinderungen, als Familienmitglieder und nicht zuletzt auch durch finanzielle Belastungen.

Im Verlauf der Diskussion wurde klar: Alle müssen in die Pflegekasse einzahlen. Wir fordern gemeinsam mit Sozialverbänden den Ausbau zu einer Pflege-Vollversicherung. Dazu muss die Beitragsbemessungsgrenze angehoben und schließlich aufgehoben werden. Der Eigenanteil bei stationärer Pflege ist zu deckeln. Wir brauchen eine Pflegerevolution, wenn wir nicht unter den größer werdenden Problemen leiden wollen. Schwerpunkt ist die Pflege im häuslichen Bereich, denn pflegende Angehörige werden noch ärmer.

In der immer wieder vom Beifall der Besucher unterbrochenen Diskussion stellte Heidi Reichinnek fest: Armut macht krank. Arme sterben früher. Wir setzen uns für eine armutsfeste, gesetzliche Erwerbstätigenversicherung ein. Wir wollen weg von der Privatisierung und Individualisierung der Lebensrisiken. 50 Prozent aller Menschen haben am Monatsende keinen Euro für private Altersvorsorge mehr übrig. Natürlich fordern wir gute Löhne und einen Mindestlohn von 15 Euro. Mit der Riesterrente können Banken und Versicherungen verdienen, mit der gesetzlichen Rente geht das nicht.

Die von der Union propagierte „Aktivrente" bedeutet, die abhängig Beschäftigten dürfen weiterarbeiten, was auch heute bereits möglich ist. Dabei wird ausgeblendet, dass in vielen Berufen eine Arbeit über die Altersgrenze hinaus undenkbar ist. Zu bedenken ist der Umstand, dass viele mit dem Ruhestand ein Ehrenamt übernehmen, was bei Weiterarbeit unterbleibt.

Im weiteren Gesprächsverlauf rückte die Verbindung von Armut und Einsamkeit in den Fokus, von der besonders Ältere, aber auch jedes fünfte Kind betroffen ist. Es folgte ein Befund über die Arbeitsleistung von Frauen mit Kindern, die niedrige Entlohnung in „Frauenberufen" mit entsprechend schlechten Renten. Wir fordern ein Renten-Niveau wie in Österreich. Darum kämpfen wir und unterstützen starke Gewerkschaften dabei.

„Ein gutes Leben für alle" umfasste für den Gesprächskreis schließlich auch die Umsetzung des Diskriminierungsverbots in der Praxis. So wie Hochbetagte infolge der Digitalisierung nicht vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden dürfen, so sollten auch junge Frauen bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche nicht diskriminiert werden. Heidi Reichinnek rief das Publikum zum Zusammenwirken bei der Verteidigung des Sozialstaats auf und versicherte, dass die Bundestagsfraktion dafür mit aller Kraft konsequent eintreten wird.

Nach der Podiums-Veranstaltung stellten sich die Podiumsteilnehmenden den weiteren Fragen zahlreicher Besucher, worauf es zeitweilig am Info-Stand der Arbeitsgemeinschaft kein Durchkommen gab. Mich hat besonders beeindruckt, wie bei dieser Seniorveranstaltung die Verbundenheit zwischen den Generationen in den Mittelpunkt gestellt wurde, wie ich es für den Seniorentag nicht erwartet hatte.

Natürlich ließen es sich die Mitglieder unserer Delegation nicht nehmen, von den zahlreichen Vortrags- und Mitmachveranstaltungen Gebrauch zu machen. Vom Vortrag mit Musik des legendären Prof. Dr. Andreas Kruse reichte die Palette über Ernährungsangebote im Alter bis zur Sturzprophylaxe. Nicht geringzuschätzen war auch der Erkenntnisgewinn aus dem Austausch mit Seniorentagsbesuchern vor Ort.

Es sind nachhaltige Eindrücke, mit denen wir vom Seniorentag zurückkehrten und die uns in der weiteren seniorenpolitischen Arbeit kräftige Impulse geben.

*Klaus Röber, Sprecher der LAG Senior*innenpolitik MV*

SENIOREN SICHERHEITS BERATUNG MV

Kriminalität im Alltag

Seniorensicherheitsberater im Einsatz

Seniorenprävention, Kriminalität im Alltag – zu diesem Thema hatte der OV der Lübtheener Volkssolidarität in die Räume im „ollen Amtsgericht“ eingeladen.

Die gute Teilnahme zeigte das Interesse an dem immer aktuellen Thema und der notwendigen Auseinandersetzung mit den kleinen und großen Sorgen um die kleinen und großen Betrügereien, auf die man reinfallen kann oder eben nicht. 40 Mitglieder konnte Elke Hoge in dem angenehm vorbereiteten Raum begrüßen. Als Gast und Mitglied durften wir auch unsere Bürgermeisterin Ute Lindenau begrüßen.

Bernd Fritsch, Kommissar im Ruhestand, den Lübtheenern von einem sehr interessanten Vortrag bereits bekannt, konnte als Referent gewonnen werden. Als Begleiter nicht nur zum Thema, sondern viel mehr mit einer kleinen musikalischen Reise durften wir den Harmonika-Freunden, einem Quartett aus dem großen Landespolizeiorchester lauschen. Es wechselten sich also viele interessante Aussagen und Hinweise zum Thema der Kriminalitätsprävention, Diskussionen dazu und musikalische Beiträge in sehr hoher Qualität ab. Die Art der Veranstaltung, die Mischung von Information, Diskussion und den musikalischen Darbietungen wurde mit großem Interesse und ebenso großer Freude aufgenommen. Sowohl Bernd Fritsch als Referent, wie auch die Harmonika-Freunde des Landespolizeiorchesters konnten mit ihren Beiträgen begeistern. Als besonders angenehm, hilfreich und wohltuend lobten die Mitglieder der VS Lübtheen den Zuschnitt des Themas auf genau die Altersgruppe von uns, den Senioren. Das gelang ebenso in angenehm fröhlicher Weise dem Quartett der Musiker.

Bernd Fritsch referiert zum Thema Kriminalität im Alltag *Foto: Elke Hoge*

In den kleinen Diskussionen und Gesprächen wurde ganz schnell klar, dass gar nicht so wenig unserer Seniorinnen und Senioren schon „Bekanntschaft“ mit Gewinnversprechen am Telefon oder per Post, mit versuchten Haustürverkäufen und auch mit Internetbetrügereien, Vertragsgesprächen etc. hatten. Es zeigte sich, wie notwendig Informationen zu den Themen und wie hilfreich Gespräche über Erfahrungen darüber sind. So wurde die Morgenveranstaltung selbstverständlich auch als lehrreich empfunden und angenehm zugleich, da alles ernsthaft aber nicht mit erhobenem Zeigefinger vermittelt wurde. Das gemeinsame Mittagessen und kleine Gespräche im Anschluss rundeten das interessante Treffen mit dem Wunsch, Veranstaltungen auf dem Niveau gern auch in der Zukunft anzubieten, ab.

Allen, die ein Händchen in der Vorbereitung und der Durchführung hatten, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön. *Elke Hoge*

Die Seniorensicherheitsberatung wird gefördert durch:

PROVINZIAL

und

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

Unterstützung für pflegebedürftige Menschen

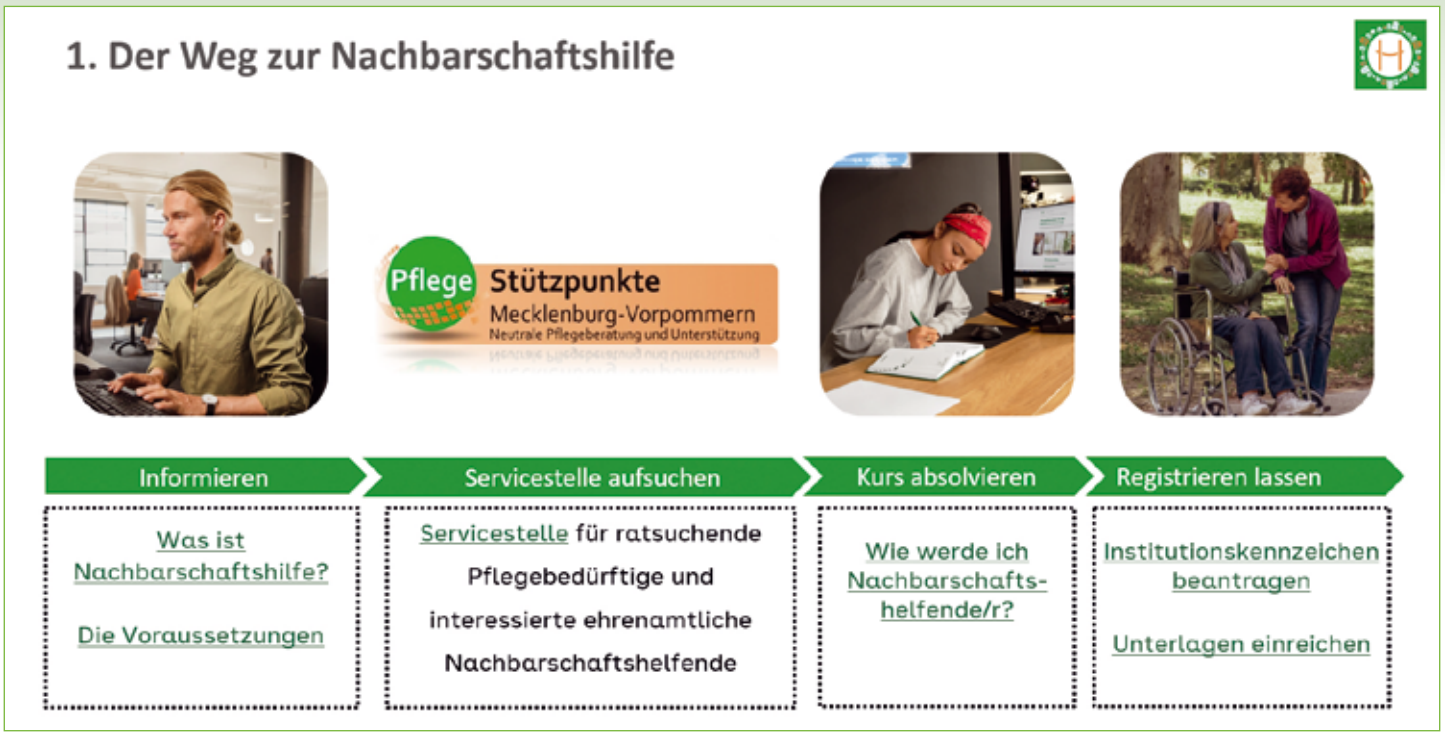
Ehrenamtlich engagierte Nachbarschaftshilfe in Mecklenburg-Vorpommern

In vielen Bundesländern können pflegebedürftige Menschen Hilfen im Alltag von privaten Helferinnen und Helfern im Rahmen der ehrenamtlich engagierten Nachbarschaftshilfe erhalten. Die Unterstützung anerkannter Nachbarschaftshelferinnen und Nachbarschaftshelfer kann über den Entlastungsbetrag der Pflegeversicherung finanziert werden.

Engagierte Einzelpersonen unterstützen pflegebedürftige Menschen ganz in ihrer Nähe bei Dingen des alltäglichen Lebens und bei der Bewältigung von Alltagsherausforderungen auch in Mecklenburg-Vorpommern. Sie ermöglichen ihnen mit dieser Hilfe möglichst lange am sozialen Leben teilzunehmen und in den eigenen vier Wänden wohnen zu bleiben.

Mögliche Tätigkeiten eines Nachbarschaftshelfenden sind:

- Begleitung bei Arzt- und Behördenbesuchen, bei Spaziergängen



- Einkaufs- und Hauswirtschaftshilfen, Hilfen im Außenbereich
- Kommunikation, Anregung und Unterstützung bei Hobbys und bei sozialen Kontakten

Der Pflegestützpunkt ist Servicestelle für Pflegebedürftige, An- und Zugehörige sowie interessierte ehrenamtlich engagierte Nachbarschaftshelfende.
Wer hat Interesse sich ehrenamtlich zu engagieren? Die Sozial- und Pflegeberatenden in den Pflegestützpunkten informieren und beraten sie:

- zu den rechtlichen Rahmenbedingungen
- zu Kursangeboten
- zur Abrechnung mit den Pflegekassen
- zur Registrierung
- zur Vermittlung und Beratung pflegebedürftiger Nachbarn und vieles mehr.

Die Anerkennung als Nachbarschaftshelfende/r erfordert einen kostenfreien Grundkurs von acht Unterrichtsstunden. Er ermöglicht das Ausüben der Nachbarschaftshilfe für zwei Jahre. Zur Fortführung der Nachbarschaftshilfe benötigen die Nachbarschaftshelferinnen und Nachbarschaftshelfer alle zwei Jahre einen Aufbaukurs.
Die Grundkurse finden in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen statt und können digital und bei fehlenden digitalen Voraussetzungen auch in Präsenz in den Volkshochschulen durchgeführt werden. In diesen Fällen können sich Interessierte an die örtlich zuständigen Pflegestützpunkte wenden, um Schulungstermine zu erfragen.
Darüber hinaus gibt es seit April 2025 ein zusätzliches digitales Schulungsangebot über die Barmer. Gern berät Interessenten hierzu der Pflegestützpunkt.
Für Fragen rund um das Thema Nachbarschaftshilfe im Rahmen der Leistungen der Pflegeversicherung stehen die Pflegestützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern den interessierten Bürgern zur Verfügung.
Die Pflegestützpunkte finden sie im Internet unter www.pflegestuetzpunktemv.de

Bewusster riechen und schmecken

Bis ins hohe Alter hinein können sich Geschmacksempfindungen verändern

Insgesamt können wir fünf Geschmacksrichtungen wahrnehmen – süß, sauer, salzig, bitter und umami (herzhaft, würzig). Die meisten Gerichte setzen sich aus einer Mischung verschiedener Geschmacksrichtungen zusammen.
So schmecken einige Speisen süßsauer, andere salzig und herzhaft. Dabei schmecken wir vorwiegend über unsere Zunge. Auf ihr gibt es rund 2.000 Geschmacksknospen mit zahlreichen Sinneszellen, deren Rezeptoren auf eine bestimmte Geschmacksrichtung reagieren. Besondere Aromen nehmen wir jedoch über den Geruch wahr, z. B. Zimt.

Probieren Sie mal aus: Nehmen Sie ein bisschen Zimt mit Zucker gemischt auf einem Tee-Löffel in den Mund und halten Sie sich dabei die Nase zu. Nach einer kurzen Weile nehmen Sie die Finger von der Nase und schmecken dann erneut. Mit der zugehaltenen Nase werden Sie nur

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

den süßen Zucker schmecken. Aber sobald die Nase wieder frei ist, nehmen Sie auch den Zimt wahr.
Schon im Mutterleib beginnt die Geschmacksprägung. Die Kinder lernen schon früh unterschiedliche Geschmacksrichtungen kennen, erst über das Fruchtwasser und später über die Muttermilch.
Das Essen der Mutter beeinflusst den Geschmack der Milch und damit auch das, was das Kind kennt und später sehr wahrscheinlich selbst gern essen wird.
Im Laufe des Lebens bis ins hohe Alter hinein können sich Geschmacksempfindungen verändern: Wir lernen mit der Zeit neue Geschmacksrichtungen kennen und nicht selten kommt es vor, dass Lebensmittel, die man als Kind nicht mochte, als Erwachsener gern isst oder aber auch umgekehrt.
Im Alter nimmt bei einigen das Geschmacksempfinden, insbesondere für Salz, ab. Dadurch wird häufiger nachgewürzt und der Salzverbrauch steigt.
Die Wahrnehmung für Süße ist gleichbleibend oder wird sogar ein bisschen stärker. Oft entwickelt sich daraus eine Vorliebe für zuckerreiche Speisen.
Neben einem generellen, altersbedingten Rückgang des Geschmacks- und Geruchsinns können auch andere Faktoren einen Einfluss haben. So können zum Beispiel durch Zahnprobleme ein unangenehmer Geschmack beim Essen entstehen. Auch Erkrankungen oder die Einnahme von Medikamenten, beispielsweise gegen Bluthochdruck, können den Geschmacks- und Geruchssinn herabsetzen oder verändern. In der Folge schmecken dann manche Speisen nicht mehr so gut wie bisher.
Führt ein eingeschränkter Geschmacks- oder Geruchssinn dazu, weniger, einseitiger oder sogar ungesünder zu essen, kann sich dies auf das Wohlbefinden und die Gesundheit auswirken. Achten Sie daher auf eine vielfältige und bunte Lebensmittelauswahl, sowie den Einsatz von frischen Kräutern und Gewürzen, um Ihre Geschmacksknospen anzuregen.

Das Gute ist, dass Sie Ihre Sinne trainieren können: Schärfen Sie Ihre Wahrnehmung von Geruch und Geschmack, indem Sie sich beim Essen bewusst fragen:

- Wie duftet die Mahlzeit, die Sie gerade genießen?
- Welche Zutaten kann ich riechen und schmecken?
- Wie viel Süße und wie viel Salziges erkennt Ihre Zunge?

Sprechen Sie beim Essen in gemütlicher Runde mit Bekannten über Ihr Geruchs- und Geschmackserlebnis und tauschen Sie sich darüber aus. So werden Sie bestimmt auf Zutaten und Aromen aufmerksam, die Ihnen bisher nicht aufgefallen sind.

KLEINER TIPP:
Wenn Sie Salz- und Zuckermengen bei der Zubereitung schrittweise reduzieren, werden Sie feststellen, dass Sie bald auch geringere Mengen wieder besser wahrnehmen können.
Wir schmecken vor allem beim Essen und Trinken, Gerüche hingegen begegnen uns überall. Von den Blumen im Park oder Garten über frisch gemähtes Gras und moosbewachsenen Waldboden bis hin zu den frischen Brötchen beim Bäcker. Vielleicht nehmen Sie sich einfach mal vor, einen Tag lang ganz intensiv und bewusst zu riechen und zu schmecken? Das weckt Erinnerungen und macht viel Spaß! ■

Zusammen schaffen wir das: Ein Leben mit Demenz

Teil 3 – Ratgeber der Deutschen Alzheimer Gesellschaft M-V

Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Demenz

Trotz ihrer Erkrankung sollen Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen ihr Leben im gewohnten Umfeld gestalten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Hierfür benötigen sie ein demenzsensibles Umfeld.
Mehr Wissen über Demenz in der Gesellschaft kann helfen, das Verständnis für die Krankheit zu verbessern und Barrieren im Umgang mit erkrankten Menschen abzubauen. Hierzu wird die Öffentlichkeit stärker für die Belange für Menschen mit Demenz sensibilisiert und über die Risikofaktoren zur Entstehung einer Demenz aufgeklärt.
Um lange gut im gewohnten Umfeld leben zu können, braucht es Hilfestrukturen, die ein selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Freiwilliges Engagement durch Besuchs- und Begleitdienste oder informelle Unterstützung durch Nachbarn können das Leben zu Hause bedeutend erleichtern. Aufgrund der Corona-Pandemie haben viele Netzwerke die Unterstützung auf telefonische Angebote oder Hilfe beim Einkaufen angepasst.
Auch weiterhin sollen das freiwillige sowie informelle Engagement gefördert und lokale Netzwerke zum Thema Demenz ausgebaut werden. Wohnkonzepte und Mobilitätsangebote sollen bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Der barrierefreie Zu-

Deutsche Alzheimer Gesellschaft
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Selbsthilfe Demenz

gang zur Ausübung der eigenen Religion soll erleichtert werden.
https://www.nationale-demenzstrategie.de/die-strategie/handlungsfelder/teilhabe

Das Leben ist zum Teilhaben da

Demenz und Teilhabe sind eng miteinander verbundene Themen der Nationalen Demenzstrategie, die eine wichtige Rolle im Leben von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen spielen. Teilhabe bezieht sich auf die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und an verschiedenen Aktivitäten, was für das Wohlbefinden und die Lebensqualität von Menschen mit Demenz von großer Bedeutung ist.
Menschen mit Demenz wollen weiterhin am Leben teilhaben. Genau wie alle anderen sollten sie Spaß und Freude am Leben haben und ihren gewohnten oder neuen Leidenschaften nachgehen können. Dabei kann es sich um ein Hobby, eine Aktivität in einem Verein oder einfach nur eine Lieblingsbeschäftigung handeln. Es gibt eine Reihe von Freizeitangeboten, die speziell auf Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen zugeschnitten sind, zum Beispiel geführte Zoobesuche, begleitete Radtouren oder Treffen in Tanzcafés. Hier sind einige Aspekte, die die Beziehung zwischen Demenz und Teilhabe verdeutlichen:

1. Soziale Integration: Menschen mit Demenz haben oft mit Isolation und Einsamkeit zu kämpfen. Durch Teilhabe an sozialen Aktivitäten, sei es in der Familie, im Freundeskreis oder in der Gemeinschaft, können sie soziale Kontakte pflegen und ein Gefühl der Zugehörigkeit erleben.

2. Aktive Lebensgestaltung: Teilhabe ermöglicht es Menschen mit Demenz, aktiv an ihrem Leben teilzunehmen und Entscheidungen zu treffen. Dies kann ihre Selbstständigkeit fördern und das Gefühl von Kontrolle über das eigene Leben stärken.

3. Förderung der Lebensqualität: Durch die Teilnahme an Aktivitäten, die Freude bereiten, wie Hobbys, Kunst, Musik oder Sport, kann die Lebensqualität von Menschen mit Demenz erheblich verbessert werden. Solche Aktivitäten können auch positive Erinnerungen wecken und das emotionale Wohlbefinden steigern.

4. Kognitive Stimulation: Teilhabe an verschiedenen Aktivitäten kann kognitive Fähigkeiten anregen und den geistigen Abbau verlangsamen. Soziale Interaktionen und geistige Herausforderungen sind wichtig für die Aufrechterhaltung der kognitiven Gesundheit.

5. Anpassung der Umgebung: Um Teilhabe zu ermöglichen, ist es wichtig, die Umgebung an die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz anzupassen. Dies kann durch barrierefreie Zugänge, klare Beschilderungen und eine unterstützende Atmosphäre geschehen.

6. Einbeziehung von Angehörigen: Die Teilhabe von Menschen mit Demenz sollte auch die Angehörigen einbeziehen. Sie spielen eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung und Förderung der Teilhabe und können durch gemeinsame Aktivitäten die Bindung stärken.

7. Sensibilisierung der Gesellschaft: Eine inklusive Gesellschaft, die die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz versteht und respektiert, ist entscheidend für deren Teilhabe. Aufklärung und Sensibilisierung können dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und ein unterstützendes Umfeld zu schaffen.

Teilhabe fördern, Begegnungsorte schaffen und Nachbarschaft gestalten – heißt auch die Andersartigkeit des Anderen erfahren

Teilhabe bedeutet für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen, dass sie trotz der Erkrankung möglichst lange am Leben in der Kommune beteiligt bleiben und sich nicht zurückziehen. Angebote zur Teilhabe fördern die Lebensqualität und tragen wesentlich dazu bei, Alltagsnormalität zu erhalten.
Soziale Teilhabe von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen braucht die Verankerung in der kommunalen Verwaltung, bei den Anbietern von Demenz-Dienstleistungen und in der Bevölkerung. Ziel ist es, das soziale Netzwerk aufrecht zu erhalten, am öffentlichen Leben teilzunehmen und die Möglichkeit zu haben, neue soziale Beziehungen zu knüpfen.
Alle Bürger einer Kommune können dazu beitragen, dass sich Menschen trotz und mit ihrer Demenzerkrankung zugehörig fühlen und Gemeinschaft als selbstverständlichen Teil ihres Lebens erfahren.

Sport und Bewegung

Sport und Bewegung in der Gruppe tun gut, gerade auch für Menschen mit beginnender Demenz. Sie spüren aber, dass sie nicht mehr so wie bisher mithalten können und ziehen sich deshalb aus dem Vereinsleben zurück. Je besser die Vereinsmitglieder über Demenz informiert sind, z.B. durch einen Demenz -Partner- Schulung in der Kommune, umso besser können sie auf die demenziellen Veränderun-

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

gen reagieren. So kann es gelingen, Menschen mit beginnender Demenz noch eine Weile im Verein zu halten und ihnen zu ermöglichen, trotz und mit der Erkrankung Teil der Gemeinschaft zu bleiben.

Kunst und Kultur

Ob Museumsführung oder Konzertbesuch: Menschen mit Demenz können trotz und mit ihrer Erkrankung am kulturellen Leben teilhaben.Auch wenn das Verstehen zunehmend nachlässt, sind sie noch lange offen für die Vielfalt sinnlicher Eindrücke.
Um die Teilnahme von Menschen mit Demenz zu gewährleisten, ist aber ein besonderer Rahmen wichtig, der ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigt.
Wenn die Voraussetzungen stimmen, können gerade Kunsterlebnisse Menschen mit und ohne Demenz zusammenbringen.
https://www.demenzundkommune-bw.de/fileadmin/AGBW_Medien/DeKo_DiQ/Dokumente/Bausteine_Impulspapier/Impulspapier_Baustein_5_Teilhabemoeglichkeiten.pdf

Sorgende Gemeinschaft – Demenz im Quartier

Ideenpool zur Teilhabe für Menschen mit Demenz:

- Kampagnenentwicklung zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit
- Demenz Partner-Schulung (online, in Präsenz, für einzelne Zielgruppen, Polizei, Stadtverwaltung)
- Kino- und Filmabende „Starke Stücke“ – in Kooperation mit den regionalen Kinos (Räume in Kirchen und Gemeinden), zielgruppenspezifisch, teilweise mit Diskussionsrunden mit Gäste-Experten im Anschluss
- Informationsstände (mit Kooperationspartner*innen) Gesundheit im Quartier, Demenz im Quartier, Workshops Demenz & Demenzparcours
- Demenzsensible Gottesdienste
- Pflanzaktion öffentlicher Pflanzkübel (Sponsor örtlicher Baumarkt)
- Theateraufführung, Kunstgalerieführung, Konzertlesung, Museumsführung, Buchvorstellung und Lesung (für Menschen mit Demenz) Musikcafé, Tanztee, Gesprächscafé für Angehörige
- Quartiersspaziergang auf plattdeutsch
- Picknickbank aufstellen und öffentliche Räume konsumfrei zu nutzen
- Teilhabeangebote auf der Homepage der Deutschen Alzheimer Gesellschaft MV

https://alzheimer-mv.de/unterstuetzung/selbsthilfegruppen/

Aufbau von Helferkreisen / Sicherung der Teilhabe

Eine Demenzerkrankung stellt für Betroffene und ihre Familien eine große Herausforderung dar. In dieser Situation können Helferkreise eine wichtige Unterstützung bieten. Sie ermöglichen, dass sich Menschen mit Demenz weiterhin in ihrer gewohnten Umgebung aufhalten können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Gleichzeitig entlasten sie Angehörige. Die Unterstützung durch Helferkreise sind ein wichtiger Schritt zu einer demenzfreundlichen Gesellschaft.
Der Landesverband der Alzheimergesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt nicht nur bei der Vermittlung an Helferkreise, sondern auch beim Aufbau. Informationen dazu unter:
https://alzheimer-mv.de/mitmachen/aufbau-von-helferkreisen/ ■

Hinschauen statt Schweigen

Gemeinsam gegen Gewalt in der Pflege

Gewalt in der Pflege – ein Thema, über das oft ungern gesprochen wird. Doch genau dieses Schweigen kann zum Problem werden. Wo nicht hingeschaut wird, bleibt Leid häufig unbemerkt. Wenn von Gewalt die Rede ist, denken viele zunächst an **körperliche Übergriffe:** Schläge, Stöße, grobe Behandlungen. Doch Gewalt in der Pflege kann sich in ganz unterschiedlichen Formen zeigen:
Psychische Gewalt: Demütigungen, Anschreien, Ignorieren, Isolieren
Vernachlässigung: fehlende Pflege, Missachtung von Bedürfnissen, finanzielle Ausbeutungen, sexualisierte Gewalt. Solche Erfahrungen hinterlassen oft nicht nur körperliche, sondern auch seelische Spuren. Sie können die Würde eines Menschen tief verletzen – und verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit.

Wenn Grenzen unbemerkt überschritten werden

Gewalt geschieht nicht immer offen oder absichtlich. In manchen Fällen entwickelt sie sich schleichend – etwa durch einen rauen Tonfall, das ständige Übergehen von Bedürfnissen oder mangelnden Respekt im Umgang. Einzelne Anzeichen wie Rückzug, auffällige Angst, ungepflegtes Erscheinungsbild oder Veränderungen im Verhalten und im finanziellen Bereich können Hinweise darauf sein, dass etwas nicht stimmt. Sie müssen nicht immer auf Gewalt hinweisen – sollten aber ernst genommen werden.
Doch Gewalt in der Pflege betrifft nicht nur die Pflegebedürftigen. In angespannten Situationen – zum Beispiel im Umgang mit demenziell veränderten Menschen oder bei chroni-

scher Überforderung kann es zu herausfordernden Momenten kommen. In einigen Fällen erleben auch Pflegekräfte und pflegende Angehörige selbst Übergriffe – verbal, emotional oder körperlich. Wichtig ist, solche Erfahrungen nicht zu bagatellisieren. Schutz und Unterstützung sind auf beiden Seiten notwendig, um Eskalationen zu vermeiden. Egal in welcher Form: Gewalt darf niemals als Ventil dienen. Sie ist keine Lösung, sondern ein weiterer Schaden – für alle Beteiligten.

Warum Reden so wichtig ist

Betroffene sprechen selten offen über ihre Erfahrungen. Manche schämen sich, andere haben Angst vor Konsequenzen – etwa vor dem Verlust eines Pflegeplatzes oder familiären Konflikten. Dieses Schweigen führt dazu, dass viele Vorfälle gar nicht erst bekannt werden. Die Polizei spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten „Dunkelfeld“: Fälle von Gewalt, die unentdeckt bleiben und nicht aufgeklärt werden können. Wenn Gewalt jedoch angesprochen wird, kann gehandelt werden – genau hier setzt die Bedeutung von Anzeigen an. Nur wenn Gewalt zur Sprache kommt, können Polizei, Justiz und Sozialsysteme handeln. Eine Anzeige bedeutet Schutz für die Betroffenen – aber auch Sichtbarkeit für ein Thema, das mehr öffentliche Aufmerksamkeit braucht. Wer Gewalt meldet, hilft nicht nur einem einzelnen Menschen, sondern trägt dazu bei, langfristig Missstände zu erkennen und Veränderungen anzustoßen. Der erste Schritt mag schwerfallen, aber er kann vieles verändern. Ob als Betroffene, Angehörige, Pflegekraft oder aufmerksame Nachbarn – Sie können helfen:

13. Landespräventionstag M-V
am 3. Juli 2025 in der Hochschule Neubrandenburg

Die Gewaltprävention in der Pflege steht auch beim 13. Landespräventionstag Mecklenburg-Vorpommern am 3. Juli 2025 in der Hochschule Neubrandenburg als ein sehr vielschichtiges Thema im Mittelpunkt.
Ziel des Präventionstags soll es sein, mit Fachvorträgen und Workshops diese Problematik offen und differenziert anzusprechen, umfassend zu informieren und alle Beteiligten zu sensibilisieren.
Eine Ausstellermesse mit landesweiten Vertretern soll einen konstruktiven Austausch ermöglichen und Hilfsangebote in unserem Land verdeutlichen.

Kontakt:
Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern
– Geschäftsstelle –
Alexandrinenstraße 1, 19055 Schwerin
Tel.: (0385) 588 12488
E-Mail: lfk@kriminalpraevention-mv.de

Sprechen Sie das Thema offen an
Scheuen Sie sich nicht, Ihre Beobachtungen oder Ihr Unwohlsein anzusprechen. Pflegestützpunkte und Beratungsstellen helfen Ihnen weiter.

Erkennen Sie Warnsignale
Achten Sie auf körperliche Verletzungen, Verhaltensänderungen, Isolation, mangelnde Hygiene oder ungewöhnliche Geldbewegungen.

Schützen Sie sich vor Überforderung
Informieren Sie sich über Entlastungsmöglichkeiten. Nutzen Sie das Beratungsangebot der Pflegekassen und der regionalen Pflegestützpunkte.

Greifen Sie bei akuter Gefahr ein
Wenn Sie Gewalt vermuten oder beobachten: wählen Sie die 110. Es ist besser, einmal zu viel als einmal zu wenig zu handeln.

Erstatten Sie Anzeige
Eine Anzeige bedeutet nicht nur Schutz für den Einzelnen, sondern trägt auch dazu bei das Dunkelfeld aufzuhellen.

Gewalt in der Pflege ist kein Randproblem. Sie betrifft uns alle – denn sie gefährdet die Würde derjenigen, die Hilfe brauchen und den Schutz derer, die helfen und dafür sorgen, dass Pflege ein Ort der Fürsorge bleibt. Lassen Sie uns gemeinsam hinschauen und helfen.

WEITERE INFORMATIONEN finden Sie unter www.polizei-beratung.de.

Miriam Schneider
SB Kriminalprävention
Landeskriminalamt Mecklenburg

„Die Welt verändert sich durch dein Vorbild, nicht durch deine Meinung.“

Paulo Coelho (24. August 1947) brasilianischer Schriftsteller und Bestsellerautor*

Meilenstein für die Rechte älterer Menschen

BAGSO begrüßt Entscheidung zur Ausarbeitung einer UN-Konvention

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat einen wichtigen Schritt in Richtung einer internationalen Konvention zum Schutz von älteren Menschen gemacht.
Die Mitgliedsstaaten haben entschieden, dass ein Textentwurf für eine UN-Altenrechtskonvention ausgearbeitet werden soll. Dazu wird eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe eingerichtet, die den Vertragstext erarbeitet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen begrüßt die Entscheidung des Menschenrechtsrats als Meilenstein auf dem Weg zu einem besseren Schutz der Rechte älterer Menschen.
Seit vielen Jahren setzt sich die BAGSO gemeinsam mit Hunderten von Nichtregierungsorganisationen weltweit für ein rechtlich bindendes, internationales Abkommen ein, dass die Rechte älterer Menschen weltweit stärkt und schützt. Obwohl die Menschenrechte universell gelten, zeigen zahlreiche Berichte und Studien, dass ältere Menschen weltweit in vielen Bereichen benachteiligt werden. Sie sind oft von Altersdiskriminierung betroffen und haben erschwerten Zugang zu medizinischer Versorgung. Sie sind in Krisensituationen besonderen Risiken ausgesetzt und in vielen Ländern nicht sozial abgesichert. Eine UN-Altenrechtskonvention soll dazu beitragen, bestehende Schutzlücken zu schließen, indem sie Staaten weltweit zu konkreten Maßnahmen verpflichtet. ■

BAGSO-Positionspapier: Armut im Alter wirksam begegnen

Appell an die neue Bundesregierung: „Ankündigungen im Koalitionsvertrag zügig umsetzen“

Ältere Menschen, die von Armut betroffen sind, müssen zielgerichteter als bisher unterstützt werden. Das fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen in ihrem Positionspapier „Armut im Alter – Existenzsicherung verbessern, Teilhabe sicherstellen“. So muss der Zugang zu Sozialleistungen für ältere Menschen deutlich erleichtert werden. Armut im Alter ist häufig verdeckte Armut. Viele Betroffene nehmen soziale Leistungen, die ihnen zustehen, nicht in Anspruch – aus Unwissenheit, aus Überforderung oder auch aus Scham.
Hier besteht dringender sozialpolitischer Handlungsbedarf für die neue Bundesregierung. Um den Zugang zu Sozialleistungen zu erleichtern, sind nach Ansicht der BAGSO verständliche Informationen ebenso notwendig wie Anlaufstellen für ältere Menschen und aufsuchende Beratungsangebote.
Das komplette Positionspapier kann heruntergeladen werden unter: https://www.bagso.de/publikationen/positionspapier/positionspapier-armut-im-alter/ ■

KI im Alltag älterer Menschen

16 neue KI-Lernorte bringen älteren Menschen Künstliche Intelligenz

Sprachassistenten, automatisierte Übersetzungen, Chatbots oder smarte Roboter für den Haushalt – viele Technologien, die auf Künstlicher Intelligenz (KI) basieren, finden zunehmend Eingang in den Alltag. Doch was genau ist eigentlich KI? Und wie lässt sie sich sinnvoll im Alter nutzen? Seite Mitte April bieten 16 neue KI-Lernorte älteren Menschen die Möglichkeit, sich mit Künstlicher Intelligenz vertraut zu machen und KI-Anwendungen selbst auszuprobieren.
Die Lernorte werden über das Projekt „KI für ein gutes Altern“ der BAGSO durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Damit gibt es inzwischen deutschlandweit 58 KI-Lernorte für ältere Menschen.
Hinzu kommen 10 bundes- und landesweit aktive Seniorenorganisationen, die sich seit 2024 am Projekt beteiligen.
Die neuen Angebote sind bei Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäusern, Bildungsstätten und anderen Einrichtungen der Seniorenarbeit angesiedelt. Sie vermitteln älteren Menschen einen praktischen Zugang zu Künstlicher Intelligenz und schaffen Gelegenheiten zum Austausch über deren Nutzen, aber auch über Grenzen.
Die Lernorte werden jeweils mit Technik im Wert von 2.500 Euro ausgestattet – darunter Sprachassistenten, smarte Haushaltsgeräte, sogenannte Wearables oder Programme wie ChatGPT. Zusätzlich werden ehrenamtliche Technikhelferinnen und -helfer qualifiziert, um die Lernangebote zu begleiten.
Weitere Informationen unter: https://ki-und-alter.de/ ■

HANSESTADT ROSTOCK

Seniorenbeirat Rostock startet mit neuer Kraft ins Jahr 2025

Am 27. März 2025 hat sich der neue Seniorenbeirat der Hanse- und Universitätsstadt Rostock konstituiert und seinen neuen Vorstand gewählt. Analog zu den Kommunalwahlen wird das Gremium nun für fünf Jahre aktiv werden und sich in den diversen Bürgerbeteiligungsformaten für eine altersgerechte Stadtentwicklung einsetzen.
Neuer Vorsitzender ist Hans-Joachim Engster, der seit vielen Jahren im DRK ehrenamtlich aktiv ist. Vertreten wird er durch Regina Witte und Monika Meier als erste und zweite Stellvertreterin. Die Finanzen des Seniorenbeirates werden ab sofort durch Maja Woest organisiert.
Sowohl der Bürgerschaftspräsident Dr. Heinrich Prophet sowie die Vorsitzende des Sozialausschusses Ina-Maria Fahning beglückwünschten den neuen Vorstand und freuen sich auf die Zusammenarbeit mit dem Beirat.

Neu gewählter Vorstand, v. l. Maja Woest, Hans-Joachim Engster, Monika Meier, Regina Witte mit der Vorsitzenden des Sozialausschusses Ina Maria Fahning

Foto: Seniorenbeirat Rostock

Das Anliegen des Seniorenbeirats besteht darin, die Interessen und Belange der Senioren zu vertreten, die politischen Gremien für seniorenrelevante Belange, besonders im Hinblick auf die demographische Entwicklung der Gesellschaft, zu sensibilisieren. Dabei bildet das Gremium eine breite Perspektive der Zivilgesellschaft ab, da sich sieben Mitglieder aus Vereinen, Verbänden und Religionsgemeinschaften für die Funktion beworben haben und acht Personen Impulse der älteren Generation aus den fünf Ortsamtsbereichen des Stadtgebietes einbringen werden.

Marlen Schmidt

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Neuaufstellung des Seniorenbeirates im Landkreis

„Der Kreistag bildet zur Berücksichtigung der besonderen Belange von Bevölkerungsgruppen Beiräte mit beratender Funktion gegenüber dem Landrat und dem Kreistag und seiner Ausschüsse." So heißt es in der Hauptsatzung des Landkreises Ludwigslust-Parchim, erlassen am 18.07.2024.
Nachdem der Ausschuss für Generationen, Soziales, Familien und Gesundheit in seiner Sitzung im Februar 2025 die vorgeschlagenen Mitglieder bestätigte, konnten die Neuerungen in der Beiratsarbeit umgesetzt werden.
Am 08. April 2025 fand im Solitärgebäude des Landkreises eine Zusammenkunft der Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter der Kommunen statt. Heike Scholz, Beigeordnete des Landkreises, beglückwünschte die neuen Mitglieder dieses für den Landkreis sehr wichtigen Gremiums und wünschte viel Energie, aber auch Freude bei der Beiratsarbeit.

Der neu gewählte Seniorenbeirat v. l. n. r. Heike Scholz, Edith Brüggert, Jutta Messer, Wolfgang Blasko, Edeltraut Kinzel, Ilona Mundt-Schalk

Foto: Landkreis LUP

Der neue Seniorenbeirat besteht aus sechs Mitgliedern, die sich am 15. April 2025 erstmalig in dieser Zusammensetzung zur konstituierenden Sitzung trafen.
Die Funktion der Vorsitzenden übernimmt Ilona Mundt-Schalk aus Neustadt-Glewe, die Stellvertretung Wolfgang Blasko aus Sternberg und als Schriftführerin wurde Edith Brüggert aus Pinnow gewählt.

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Weitere Mitglieder sind Edeltraut Kinzel aus Techentin, Hanne Gutzmann aus Klein Krams sowie Jutta Messer aus Pinnow.
Der neue Seniorenbeirat des Landkreises Ludwigslust-Parchim hat sich zum Ziel gesetzt, als Sprachrohr der älteren Generation im Landkreis zu fungieren. Die Mitglieder sind sich der Verantwortung, die sie tragen, bewusst, und sind fest entschlossen, die Anliegen der Seniorinnen und Senioren aktiv zu vertreten. Durch regelmäßige Sitzungen, den Austausch mit der Öffentlichkeit, die enge Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat, den kommunalen Seniorenbeiräten/ Senioreninitiativen und den Gremien im Landkreis, wollen sie sicherstellen, dass die Stimmen der älteren Bürger Gehör finden und in die Entscheidungsprozesse einfließen.
Sie erreichen den Seniorenbeirat unter der Mailadresse: Kreisseniorenbeirat@kreis-lup.de oder über die Geschäftsstelle unter der Telefonnummer: 03871/7221605.

Anett Nuklies

Informativer Nachmittag im Haus der Begegnung „M41“ in Parchim

Alle Plätze sind besetzt *Foto: Gabriele Knües*

Wie wichtig das Thema Prävention im Alltag, speziell die Aufklärung über aktuelle Betrugsmaschen ist, das bewies die Veranstaltung Anfang Mai im Haus der Begegnung M41 in Parchim. Die Nachfrage war so groß, dass das Haus bis auf den letzten Platz besetzt war.
Trotz des ernsten Themas herrschte eine gemütliche Atmosphäre bei Kaffee und Kuchen und Seniorensicherheitsberater Bernd Fritsch verstand es, dem Publikum seine Präsentation anschaulich und mit einer Prise Humor zu vermitteln. Die Gäste folgten aufmerksam den Ausführungen über Betrugsmaschen wie den sogenannten Enkeltrick, angebliche Supergewinne, falsche Polizeianrufe u. v. m. Die Frauen und Männer nutzten die Gelegenheit, um Fragen zu stellen und berichteten von eigenen Erlebnissen. Auch untereinander tauschten sie sich rege aus. Ein besonderer Höhepunkt war der Auftritt der Harmonika-Freunde des Landespolizeiorchester M-V, die dem Nachmittag einen besonderen Rahmen gaben. Mit viel Schwung und Musizierfreude verstanden sie ihr Publikum zu begeistern und mitzureißen und bekamen dafür viel Applaus.
Da die Nachfrage zu dieser Veranstaltung so groß war, dass nicht alle Interessierten einen Platz bekamen, wird es voraussichtlich im Februar kommenden Jahres eine weitere Veranstaltung geben. Bis dahin alles Gute, viel Gesundheit und bleiben Sie wachsam.

Gabriele Knües
Projektleiterin M41 Parchim

Gemeinsam statt einsam – geselliger Nachmittag in Goldberg

Der Dobbertiner Heimatchor kam auf der Veranstaltung gut an *Foto: Stadt Goldberg*

80 Bürgerinnen und Bürger aus dem Amt Goldberg-Mildenitz folgten am 17. Februar der Einladung des Regionalbüros Zukunftskonzept sowie dem Verein „Gemeinsam für Goldberg“ e.V. und nutzten die Gelegenheit zum Wiedersehen, Beisammensein und Klönen.
Bei Kaffee und Kuchen konnte dies ausgiebig genutzt werden, stand doch dieser Nachmittag genau unter diesem Motto – „Gemeinsam statt einsam“. Der Dobbertiner Heimatchor, unter der Leitung von Lisa Nietsche, trug stimmungsvolle Lieder vor, welche zum Mitsingen, Klatschen oder Schunkeln einluden.
Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern, Helfern und Akteuren für das gute Gelingen und werden den Wunsch nach weiteren Veranstaltungen dieser Art ins Auge fassen.

Kathleen Westphal
Regionalbüro Zukunftskonzept
im Amt Goldberg-Mildenitz

LANDKREIS ROSTOCK

Landkreis Rostock
So weit. So gut.

Seniorenbeirat Kröpelin lud zum Thema „Pflege im Alter“ ein

Am 2. April 2025 hatte der Seniorenbeirat Kröpelin alle Senioren zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Pflege und Alter“ eingeladen. Das Thema wurde ausführlich und fachkundig vom Pflegestützpunkt Bad Doberan präsentiert.
Die Veranstaltung wurde feierlich vom Bürgermeister der Stadt Kröpelin sowie vom Vorsitzenden des Seniorenbeirats eröffnet.
Als Vertreter des Kreisseniorenbeirats des Landkreises Rostock nahm Ingrid Rambow teil, ebenso wie ein Vertreter des Seniorenbeirats Rerik. Die Veranstaltung war beachtlich gut besucht. Die anwesenden Senioren empfanden die thematisierten Pflegeprobleme im Alter als aufschlussreiche und zugleich notwendige Information. Besonders positiv wurde das Angebot des Pflegestützpunktes aufgenommen, nach der Veranstaltung vor Ort Einzelgespräche zu führen. Insgesamt stellte die Veranstaltung eine gelungene und zugleich unverzichtbare Informationsmöglichkeit dar, da viele Senioren in bestimmten Lebenssituationen nicht wissen, an wen sie sich wenden können. Dies wurde während der Veranstaltung deutlich sichtbar. Der Seniorenbeirat Kröpelin hat in seinem Jahresarbeitsplan zahlreiche Themen aufgenommen, die zur Verbesserung der Unterstützung von Senioren beitragen sollen. Die Mitglieder des Beirats betonen, dass diese Zielsetzung den Erfordernissen der Zeit entspricht.

Ingrid Rambow

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Waldführung und Baumpflanzaktion der seniorTrainer

Der Arbeitskreis seniorTrainer des Seniorenbüros Schwerin hatte in Kooperation mit dem Forstamt Gädebehn am 28. März 2025 zu einer Waldführung mit anschließender Baumpflanzaktion eingeladen. Ziel der Aktion war es, einen aktiven Beitrag für das Klima und die Umwelt zu leisten.
Ingo Nadler, Leiter des Forstamtes, führte die 25 Seniorinnen durch den Wald. Dabei erläuterte er Aufgaben der Forstwirtschaft und informierte über Maßnahmen zur Pflege und zum Erhalt des Waldes. Nach erfolgter ausführlicher Einweisung in das angewendete Pflanzverfahren erfolgte die praktische Arbeit, die Pflanzung von Waldbäumen. Dabei kam es eher auf Sorgfalt und Exaktheit und weniger auf die Anzahl an. Fröhlich und motiviert gingen die Seniorinnen an die Arbeit. Nach dem zweistündigen Einsatz war eine Schonung als Mischwald bepflanzt.
Anschließend gab es einen wohlschmeckenden Eintopf aus der Forstküche. Nebenbei kam es auch zu lebhaften Gesprächen und einem regen Erfahrungsaustausch. Bestimmt wird die Gruppe das Waldgebiet zwischen Schwerin und Crivitz noch einmal aufsuchen, um sich zu überzeugen, ob die Bäumchen gut gewachsen sind.

Teilnehmende der Baumpflanzaktion *Foto: „Metronom“ Seniorenbüro Schwerin*

Unser besonderer Dank gilt dem Amtsleiter sowie den Mitarbeitern des Forstamtes Gädebehn für die Vorbereitung und Durchführung der Baumpflanzaktion.
Fazit – ein toller Einsatz von allen und eine gelungene Aktion, die auch filmisch von unserer METRONOM-Gruppe begleitet wurde, die sogar mit der Drohne unterwegs waren.
Der Film ist zu sehen unter dem Link https://www.youtube.com/watch?v=7khRuo55Zi4&t=44s oder mit dem QR-Code

Hintergrund der Baumpflanzaktion:
Infolge der Trockenheit und der dadurch bedingten Nachfolgeschäden in Waldbeständen der Baumart Fichte musste der Vorbestand flächig genutzt werden. Im Rahmen der Pflanzaktion sollte ein Mischwald gepflanzt werden. Roteiche und Douglasie sind auf den hier vorherrschenden lehmigen Sanden standortgerecht und gelten infolge der gegenüber anderen Baumarten höheren Trockenheitstoleranz gleichzeitig als klimaangepasste Baumart.

Heike Menz
seniorTrainerin
des Arbeitskreises
Schwerin

Wir stellen unser Herzensprojekt vor

Die Nachbarschaftshilfe Schwerin e.V. ist als gemeinnütziger Verein von Katja Waldow und Martin-Nikolaus Meyn im September 2024 gegründet worden. Das Konzept hat die Zielsetzung, Schüler und Schülerinnen aus der 9. und 10. Klasse aus Schulen in Mecklenburg zu Rollstuhl-Piloten auszubilden, die dann mit gehbehinderten Senioren gemeinsam kleine Ausflüge unternehmen.

Begonnen wurde das Projekt mit der Werner von Siemens Schule in Schwerin und mittlerweile haben sich fast alle anderen Schweriner Regional- und Integrierte Regional Schulen dem Projekt angeschlossen.

Mit Hilfe von Erwachsenen, den Rollstuhlcopiloten, die die Jugendlichen beim Ausfahren unterstützen und begleiten, sind bis dato ca. 30 Walk-Outs durchgeführt worden. Es ist festzustellen, dass die Schüler und Schülerrinnen der 9. und 10. Klassen viel Spaß haben, wenn sie gehbehinderte Senioren auf einem Ausflug ins Grüne oder in die Stadt begleiten.

Dabei werden sie von erwachsenen, ehrenamtlichen Helfern gecoacht und zu verantwortungsbewussten jungen Menschen angeleitet. Zurzeit bekommen vier Sozius Alten- und Pflegeheime in Schwerin diesen Service angeboten. Der Verein bemüht sich für alle 20 Schweriner Heime etwas Ähnliches anzubieten. Aber was geschieht mit den anderen ca. 250 Alten- und Pflegeheimen mit ca. 17.300 Plätzen in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir als kleiner Verein können nur aktive Einführungsunterstützung leisten. Es sollten sich neue Träger oder Dienstleister finden, so ein Projekt aufzustellen.

Wenn diese durch örtlichen Seniorenbeiräte unterstützt werden, ist eine Ausfahrtbetreuung durch Schüler möglich. Es gibt ca. 160 Regional- und Integrierte Regionalschulen in MV.

Wenn sich nur aus jeder Schule 25 Schüler bereit erklären an diesem Projekt mitzumachen, sind es 4.000 Schüler die mit ihrer Ausbildung zum Rollstuhl-Piloten die Pflegeheime unterstützen können.

Bitte bedenken Sie, was für Chancen den Kindern und den Senioren auf diese Weise geboten werden, die Lebenswelt und den Erfahrungsraum einer anderen Generation besser kennenzulernen.

Die Älteren bekommen neue Impulse gegen Alterslethargie, die Jüngeren schulen ihre sozialen Fähigkeiten und emotionale Intelligenz.

Katja Waldow &
Martin-Nikolaus Meyn
Nachbarschaftsforum
Nachbarschaftshilfe Schwerin e.V.

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Kreiswandertreffen – Ausdruck guter Zusammenarbeit

Der Kreissportbund Mecklenburgische Seenplatte e.V. (KSB MSE) und der Kreisseniorenbeirat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte arbeiten seit Jahren erfolgreich zusammen, um älteren Menschen mehr Möglichkeiten für Sport und Bewegung zu bieten.

Diese Zusammenarbeit basiert auf einer landesweiten Vereinbarung zwischen dem Landessportbund und dem Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern mit dem Ziel, die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen durch Bewegung zu fördern.

Ein Beispiel dieser Kooperation war der „Tag der Wiederbelebung“ 2024 in Neustrelitz, bei dem die Partner im Rahmen des Frühlingsfestes auf die Bedeutung der Ersten Hilfe hinwiesen. Ein besonderes Highlight der gemeinsamen Arbeit ist das jährlich stattfindende Kreiswandertreffen.

Teilnehmer am Kreiswandertreffen im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

Fotos: Kreissportbund MSE

Diese Veranstaltung ist nicht nur ein sportliches Ereignis, sondern auch ein bedeutender Beitrag zur aktiven Begegnung der Generationen. Das Treffen fördert das Miteinander und den Austausch zwischen jungen und älteren Menschen – ein zentrales Ziel der Kooperation zwischen dem Kreissportbund und dem Kreisseniorenbeirat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte. 2025 wird das Treffen im Rahmen des 777-jährigen Stadtjubiläums in Neubrandenburg ein besonderes Erlebnis werden.

Im Rahmen des Projektes „Senioren in Bewegung 2.0“ wird die Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Ziel des Projektes ist es, nachhaltige Bewegungsangebote für Senioren im Landkreis zu schaffen. Neben dem Kreiswandertreffen sind Fortbildungen für Ehrenamtliche und die Einführung neuer Sportangebote vorgesehen. Langfristig sollen jährlich etwa 600 Senioren erreicht werden, um deren gesellschaftliche Teilhabe und körperliche Aktivität zu fördern.

Mit „Senioren in Bewegung 2.0“ wird die erfolgreiche Zusammenarbeit von Kreissportbund und Kreisseniorenbeirat gestärkt, sodass Senioren auch in Zukunft ein aktives, bewegtes Leben führen können. ■

Neue Broschüre „Das Betreuungsrecht“ vorgestellt

Auf der Sitzung des Seniorenbeirates der Stadt Neubrandenburg am 29. April 2025 referierte Antje Grunert von der Betreuungsbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte zum Thema Vollmachten, Betreuungs- und Patientenverfügungen. Mit dem Vortrag wurde die vom Bundesjustizministerium herausgegebene Broschüre „Das Betreuungsrecht“ vorgestellt.

Die Nutzung und das richtige Ausfüllen der in der Broschüre empfohlenen Vordrucke wurde mit praxisnahen Beispielen untersetzt. Um sicherzustellen, dass die eigenen Interessen bei Eintritt eines Betreuungsfalles gewahrt werden, wurde empfohlen rechtzeitig eine Vorsorgevollmacht zu erteilen oder eine Betreuungsverfügung zu verfassen. Mithilfe einer Vorsorgevollmacht können Sie eine Person ihres Vertrauens bevollmächtigen, die eigenen Angelegenheiten wahrzunehmen.

Seniorenbeirat
Vier-Tore-Stadt
Neubrandenburg
seniorenfreundliche Kommune

Dabei kann die Vollmacht allgemein oder beschränkt auf einzelne Angelegenheiten erteilt werden. (z. B. Ausstellung einer Bankvollmacht). Soweit im Betreuungsfall ein Bevollmächtigter eingesetzt ist und handeln kann, darf das Betreuungsgericht für die dem Bevollmächtigten übertragenen Aufgaben in der Regel keinen Betreuer bestellen.

Eine Betreuungsverfügung kann mit einer Vorsorgevollmacht verbunden werden. Nähere Informationen zur Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung finden Sie in der Broschüre „Das Betreuungsrecht“ auf den Seiten des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern.

Im Anschluss wurde lebhaft diskutiert, da die Mehrzahl der Anwesenden aus eigenem Erleben zum Thema beitragen konnten.

Helmut Wärmeling
Vorsitzender Seniorenbeirat
der Stadt Neubrandenburg

Projekt „Radeln ohne Alter“ in Neubrandenburg

Hochbetagte und stark mobilitätseingeschränkte Menschen aus verschiedenen Pflegeheimen in Neubrandenburg können regelmäßig an fünf Tagen wöchentlich einen ganz besonderen Dienst in Anspruch nehmen und damit Erlebnisse genießen, die sonst nicht mehr möglich wären.

Seit 2022 steht eine Rikscha für Erlebnisfahrten zur Verfügung, die Menschen, die das Heim sonst nicht mehr oder kaum noch verlassen könnten, transportiert. Es werden auch Fahrten außerhalb dieses Regelbetriebs durchgeführt, etwa mit Kindern des Internats am Überregionalen Förderzentrum.

Möglich macht das der Verein „Radeln ohne Alter Neubrandenburg“. Mittlerweile 17 ehrenamtlich Engagierte, die speziell geschult sind, treten als Pilotinnen und Piloten in die Pedale.

Zur Anschaffung einer zweiten Rikscha sowie eines Lastenrades für den Rollstuhltransport stellt das Land 28.000 Euro aus dem Bürgerfonds zur Verfügung.

Sozialministerin Stefanie Drese überreichte am 25. April 2025 vor Ort den Zuwendungsbescheid und betonte, dass das Land die erfreuliche Entwicklung des Vereins unterstützt und somit eine Ausweitung der Fahrten ermöglichen will.

Mit der zweiten Rikscha können weitere Pflegeheime in der Region angefahren werden und zudem Pflegebedürftigen, die in der eigenen Häuslichkeit leben, Erlebnisfahrten angeboten werden.

Das Lastenrad soll künftig auch Menschen Ausflüge ermöglichen, die so mobilitätseingeschränkt sind, dass sie nicht mehr in die Rikscha geladen werden können. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Greifswalder Seniorenbeirat feiert 30. Jubiläum

Am Freitag, dem 4. April 2025, wurde im Beisein des Oberbürgermeisters und zahlreicher Gäste das 30-jährige Bestehen des Seniorenbeirats der Universitäts- und Hansestadt Greifswald feierlich begangen. Bei einer Festveranstaltung im Rathaus wurde die engagierte Arbeit des Gremiums für die Seniorinnen und Senioren der Stadt gewürdigt. Gegründet am 23. Februar 1995 versteht sich der Seniorenbeirat seitdem als Interessenvertretung der älteren Generation. „Seit 30 Jahren bringt er sich aktiv in städtische und gesellschaftliche Entwicklungen ein, bezieht Position zu relevanten Themen und ist eine wichtige Stimme in der Stadtpolitik", betont Oberbürgermeister Dr. Stefan Fassbinder. „Die Stadt Greifswald dankt dem Seniorenbeirat für drei Jahrzehnte wertvolle Arbeit zum Wohle der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger."

Oberbürgermeister Dr. Stefan Fassbinder dankt dem Seniorenbeirat

Der Seniorenbeirat befasst sich mit Themen wie Wohnen im Alter, Einsamkeit, Sicherheit oder auch digitale Medien. Zahlreiche Projekte und Initiativen haben bereits dazu geführt, dass der Alltag vieler älterer Menschen in Greifswald erleichtert wurde. Hierzu zählen unter anderem die Aufstellung von Sitzbänken mit Rücken- und Armlehnen im gesamten Stadtgebiet, barrierefreie Bushaltestellen und mehr Behindertenparkplätze, die Einführung einer Tempo-30-Zone vor der Johanna-Odebrecht-Stiftung, Präventionsarbeit zu Trickbetrug und Betrugsmaschen oder die Umsetzung des Programms „WC 4 free" für kostenfreie und barrierefreie Toiletten. Diese Arbeit wurde mehrfach ausgezeichnet, so unter anderem 2007 mit dem Titel: „Seniorenfreundlichste Kommune Mecklenburg-Vorpommerns" und 2017 mit dem 2. Platz bei der landesweiten Auszeichnung. In regelmäßigen Sprechstunden im Haus der Begegnung, jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, und der Stadtbibliothek, jeden 2. und 4. Dienstag, bietet der Beirat Beratung und Unterstützung zu verschiedensten Anliegen im Alltag an. Zudem organisiert er alle zwei Jahre die Greifswalder Seniorentage – ein vielseitiges Veranstaltungsangebot mit Sport, Vorträgen, Führungen, Musik, Film und geselligem Beisammensein. Derzeit besteht der Seniorenbeirat aus 21 Mitgliedern, die für drei Jahre von der Delegiertenkonferenz gewählt werden.

In der aktuellen Wahlperiode wurde Anita Weiß 2023 als Vorsitzende bestätigt. Die Mitglieder setzen sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Seniorenorganisationen, Vereinen und Verbänden sowie Einzelkandidaten zusammen. Der Beirat arbeitet eng mit

Gäste der Festveranstaltung im Rathaussaal und vor dem Rathaus *Fotos: Seniorenbeirat Greifswald*

städtischen Gremien, sozialen Einrichtungen und Partnerstädten wie Osnabrück und dem polnischen Goleniów zusammen. Mit einem Bevölkerungsanteil von 23,04 Prozent stellen die über 65-Jährigen einen bedeutenden Teil der Stadtgesellschaft in Greifswald dar. Zum Stichtag 31.12.2024 lebten insgesamt 13.508 Seniorinnen und Senioren in der Stadt – davon 7.960 Frauen und 5.548 Männer.

Andrea Reimann

Mit Tanztee in den Frühling starten

„Tanzen ist Träumen mit den Beinen". Ein Spruch, der Wahrheit und Freude zugleich in sich trägt.

Tanzen ist nicht nur zum Treffen anderer Menschen gedacht. Nein, eigentlich ist Tanzen auch mit Sport gleichzusetzen. Tanzen fördert die Bewegung von Knochen und Geist zugleich. Etwas für diesen Ausgleich zu tun, dazu lud im März 2025 der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Pasewalk interessierte Seniorinnen und Senioren zu einem Tanztee ein. Diese Art der Veranstaltung wurde schon früh zum Anfang des 19. Jahrhunderts in England bekannt. War dieser Tanztee damals noch zum Finden eines anderen Partners unter jungen Leuten erdacht, wurde es bald doch zu einem gemütlichen Treffen vieler gleichgesinnter Menschen, egal welchen Alters, zum Tanzen oder zur bloßen Unterhaltung. Heute sagt man auch zu solch einer Veranstaltung einfach Disco. Eine Tradition, die bereits im vergangenen Jahr viele Anhänger in Pasewalk fand. Ob als 60-jährige Seniorin oder als 85-jähriger Senior, jeder ist hier gern gesehen. Diesmal war das Treffen im Rosengarten. Eingeladen

Senioren aus Pasewalk in gemütlicher Runde *Foto: Kerstin & Ralf Limp*

wurde in die altersgerechte Wohneinrichtung der geistlichen Stiftung St. Georg und St. Spiritus in der Stadt Pasewalk. Rund 60 Senioren und Seniorinnen haben sich gern an diesem Ort getroffen. Mehr noch, es hätte tatsächlich ein größerer Saal sein können. Einige mussten aus Platzmangel wieder dieses Treffen verlassen. Bei Kaffee und selbstgebackenen Kuchen und einem kleinem Gläschen Sekt unterhielten sich die Senioren angeregt und auch so manches kleine Tänzchen wurde gewagt. Fast immer wird bei solchen Veranstaltungen der akute Herrenmangel bemängelt. Aber auch Frauen können gut zusammen tanzen. Eine andere Lösung ist in der Situation nun mal auch nicht möglich. Also liebe Senioren, verstehen Sie dies einfach als einen Aufruf zum Handeln. Der Senioren- und Behindertenbeirat fand dieses Mal mit der geistlichen Stiftung im Rosengarten einen guten Partner. Der Senioren- und Behindertenbeirat möchte sich an dieser Stelle für die fleißige Hilfe und Unterstützung sehr gern bedanken. Beim nächsten Mal werden sich die Mitglieder des Beirates gleichermaßen einbringen und so eine Veranstaltung wiederholt zu einem Erlebnis gestalten.

Übrigens, wer an dieser Veranstaltung zu viel Ruhe hatte, der Senior und auch die Seniorin kann im Mai gern an einem Rundflug über die Uecker-Randow-Region teilnehmen. Die Vorbereitungen dazu wurden durch den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Pasewalk bereits mit den Ueckerfalken getroffen.

Kerstin & Ralf Limp
Pressesprecher
Senioren- und Behindertenbeirat
der Stadt Pasewalk

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Landespolizeiorchester M-V erfreute die Stralsunder Senioren

Vor der Corona-Zeit unterstützte das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern die Tätigkeit des Präventionsrates und des Seniorenbeirats in Stralsund mit einem Konzert im Theater der Hansestadt Stralsund. Diese Tradition wurde am 16. März 2025 mit einem Konzert wiederbelebt. Der Vorsitzende des Kriminalitätspräventionsrates Stralsund, Lars Bichoff, begrüßte die Besucher und dankte dem Landespolizeiorchester. Bekannte Filmmusiken und vorgetragene Informationen zum Leben von Charly Chaplin unterhielten die anwesenden Seniorinnen und Senioren angenehm. Viel Beifall gab es vom Publikum und die Tradition wird fortgesetzt – auch im nächsten Jahr wird unsere Tätigkeit durch anteilige Einnahmen aus dieser Benefiz-Veranstaltung unterstützt werden.

Brigitta Tornow
Seniorenbeirat Hansestadt Stralsund

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Landkreis Nordwestmecklenburg
wo die Seele lächelt...

Marmor, Stein und Eisen bricht, …

Alles, alles, geht vorbei …Aber nein, es hat doch gerade erst angefangen! Wer am Dienstagnachmittag in den großen Saal des Städtischen Seniorenheimes Wismar schaute, sah das pralle Leben. 70- bis 80-jährige Senioren tanzten, was das Zeug hielt. Der Seniorenbeirat der Hansestadt Wismar hatte wieder zum öffentlichen Tanztee geladen. Da die Teilnehmerzahl ständig steigt, war man auf der Suche nach einem neuen Saal. Im Städtischen Seniorenheim Wismar ist man fündig geworden. Silke Lindenau, die Leiterin der Seniorenheime, freute sich sehr über ein bisschen Trubel in ihrem Haus. „Mir ist es wichtig, das Haus mit Leben zu füllen. Ich freue mich, dass wir so einen aktiven Seniorenbeirat in unserer Stadt haben."

Bei Kaffee und Kuchen kamen die Menschen miteinander ins Gespräch. Bei vielen waren die Texte der alten Schlager sofort wieder präsent. Und so wurde die Premiere des Tanztees im Seniorenheim am Friedenshof ein voller Erfolg.

Gute Stimmung bei den tanzenden Senioren *Foto: Karin Lechner*

Die nächsten Termine stehen auch schon fest. Wir freuen uns, wenn Sie uns besuchen!

24. Juni, 23. September,
21. Oktober, 25. November
jeweils von 14 – 17 Uhr
Ort: Seniorenheime der Hansestadt Wismar, Haus Friedenshof, Störtebekerstraße 2, 23966 Wismar

Karin Lechner

DigitalPakt Alter

Fragen zum Smartphone? In 300 Erfahrungsorten gibt es Antworten

In vielen Lebensbereichen sind digitale Kompetenzen heute Voraussetzung für Teilhabe.

Um diese zu erlernen, benötigen viele ältere Menschen wohnortnahe Unterstützung. Der DigitalPakt Alter fördert ab sofort 50 weitere Erfahrungsorte, die älteren Menschen den Zugang zur digitalen Welt erleichtern. Damit wächst das Netzwerk des DigitalPakt Alter auf insgesamt 300 Unterstützungsangebote in ganz Deutschland.

Sie werden im Rahmen der gemeinsamen Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen gefördert.

Die neuen Erfahrungsorte wurden aus 565 Bewerbungen ausgewählt. Sie verteilen sich über alle Bundesländer mit einem besonderen Fokus auf bislang nicht geförderte Regionen. Die Erfahrungsorte des DigitalPakt Alter erhalten eine finanzielle Förderung in Höhe von 3.000 Euro und kostenlosen Zugriff auf Materialien. Zudem können sie an Schulungen teilnehmen und sich beraten lassen.

Durch Angebote wie Smartphone-Sprechstunden für Einsteigerinnen und Einsteiger, Einführungen in Onlinebanking oder PC-Grundkurse vermitteln die Erfahrungsorte des DigitalPakt Alter alltagspraktische Digitalkompetenzen. Die Teilnehmenden, zumeist über 70 Jahre alt, erleben so den persönlichen Nutzen digitaler Anwendungen. Neben Treffen in Kleingruppen bieten viele Erfahrungsorte auch aufsuchende Angebote an, die ältere Menschen zu Hause unterstützen.

Die Angebote werden meist von Menschen ähnlichen Alters getragen. Das erleichtert den Austausch und senkt die Hemmschwelle.

Seniorenministerin Lisa Paus begrüßte die neuen Erfahrungsorte: „Gute Erfahrungen mit dem Internet ma-

chen die Senioren Dank praktischer Unterstützung, mit dem DigitalPakt Alter konnten wir in den letzten Jahren bereits 250 Erfahrungsorte bundesweit fördern. Ältere finden hier Ansprechpersonen, die sich Zeit nehmen und bei einer Tasse Kaffee Fragen zu Smartphone und Co. klären. Ziel ist es, dass ältere Menschen digitale Geräte und Anwendungen kompetent und selbstbewusst nutzen können. Nun wächst die Landkarte der Erfahrungsorte um weitere 50. Das zeigt, wie wichtig das Engagement aller Beteiligten im DigitalPakt Alter ist, um Menschen den Zugang zum Digitalen zu eröffnen. Den 50 neuen Initiativen wünsche ich viel Erfolg!"

Die BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner erläutert:
„Unsere Erfahrungsorte begleiten ältere Menschen langfristig dabei, digitale Kompetenzen zu erwerben. Das ist wichtig, denn lebenslanges Lernen hört im Ruhestand nicht einfach auf. Damit das gelingt, unterstützen wir die Mitarbeitenden mit Schulungen und Materialien und schaffen einen Rahmen für den Austausch – so unkompliziert und lebensnah wie möglich. Ziel muss es sein, dass es Erfahrungsorte in jeder Kommune gibt."
Die Förderung der Erfahrungsorte zielt seit Beginn des DigitalPakt Alter im Jahr 2021 darauf ab, nachhaltige Initiativen mit Vorbildcharakter zu etablieren und untereinander zu vernetzen. In diesen arbeiten mehr als 5.000 Ehrenamtliche, die bislang mehr als 64.000 Ältere erreicht haben.

Im Rahmen des DigitalPakt Alter wurden auf dem 14. Deutschen Seniorentag die Gewinner des bundesweiten Wettbewerbs „Kommunal.Digital.Genial" von Bundesseniorenministerin Lisa Paus gekürt. In Mannheim überreichte sie gemeinsam mit Klaus-Peter Müller, dem Vorsitzenden des Stiftungsrats der Commerzbank-Stiftung, die Preise an elf Kommunen. Der Wettbewerb würdigt innovative Projekte, die älteren Menschen den Zugang zur digitalen Welt erleichtern. Er soll weitere Kommunen motivieren, ebenfalls die digitale Teilhabe voranzutreiben. Die Preisträger erhalten Preisgelder in Höhe von insgesamt 50.000 Euro.
Nicht nur Verwaltungsleistungen werden immer häufiger digital angeboten, auch andere kommunale Angebote finden vermehrt im digitalen Raum statt. Wie vielfältig digitale Teilhabe gefördert werden kann, beweisen die ausgezeichneten Kommunen Bremerhaven, Frankfurt am Main, Kempten (Allgäu), Kiel, Kreuztal, Landkreis Lörrach, Nürnberg, Recklinghausen, St. Ingbert, Landkreis Uckermark und Werra-Meißner-Kreis. Die innovativen Lösungen, die auf lokaler Ebene entwickelt wurden, reichen von barrierefreien digitalen Beratungsstellen über generationenverbindende Unterstützungsangebote bis hin zu interaktiven Plattformen, die den gesellschaftlichen Austausch und die soziale Teilhabe fördern. ■

Weiterführende Informationen:

- **Mehr Informationen zum Förderprogramm:** https://www.digitalpakt-alter.de/digitalpakt-alter/unser-foerderprogramm/
- **Pressebereich zum DigitalPakt Alter:** https://www.digitalpakt-alter.de/presse/
- **Website:** www.digitalpakt-alter.de

Rechte älterer Menschen

Menschenrechtsinstitut begrüßt Startschuss für UN-Menschenrechtsvertrag

Die Rechte älterer Menschen sind weltweit nur unzureichend geschützt. Um diese Schutzlücken zu schließen, haben sich zahlreiche Staaten bei den Vereinten Nationen für die Erarbeitung eines rechtsverbindlichen Vertrags zu den Rechten Älterer ausgesprochen.
Bei seiner Sitzung am 3. April 2025 hat der UN-Menschenrechtsrat der Gründung einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe einstimmig zugestimmt. Dies ist der Startschuss für die Formulierung des Vertragstextes. Das Deutsche Institut für Menschenrechte setzt sich seit langem für eine UN-Konvention für die Rechte Älterer ein und begrüßt diese Entwicklung ausdrücklich. Es empfiehlt der Bundesregierung, den internationalen Prozess aktiv zu unterstützen.
„Es ist ermutigend, dass sich so viele Staaten in diesen schwierigen geopolitischen Zeiten auf die Erarbeitung eines rechtsverbindlichen Vertrags für die Rechte älterer Menschen verständigt haben.
Das zeigt, dass der Schutz der Menschenrechte auch heute noch eine internationale Priorität ist", sagt Claudia Mahler, Leiterin des Teams Rechte Älterer des Instituts.
Die Bundesregierung hat die UN-Resolution bislang nicht unterstützt. Das Institut empfiehlt ihr jedoch, die Resolution zu unterzeichnen und sich aktiv an der Erarbeitung des rechtsverbindlichen Dokuments zu beteiligen.
„Die Stärkung der Rechte älterer Menschen ist Deutschland seit jeher ein Anliegen. Dies kann die Bundesregierung nun auch auf UN-Ebene konkret unter Beweis stellen", so Mahler weiter. ■

Ende der Sondierungsgespräche

Pflege braucht die „große Reform" – BIVA fordert konkrete Maßnahmen

Im Sondierungspapier von Union und SPD ist eine „große Pflegereform" geplant. Diese ist dringend notwendig, denn die bisherigen „kleinen Reförmchen" haben die grundlegenden Probleme nicht gelöst.
Der BIVA-Pflegeschutzbund begrüßt die Pläne ausdrücklich und fordert eine echte Neuausrichtung der Pflegeversicherung, die Pflegebedürftige endlich vor finanzieller Überforderung schützt.
„Seit Jahren steigen die Eigenanteile für die Pflegebedürftigen. Das hat dazu geführt, dass Pflege für viele Menschen unbezahlbar geworden ist. Das bedeutet für viele ungeachtet ihrer Lebensleistung ein Abrutschen in die Sozialhilfe", erklärt Holger Dudel, stellvertretender Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes.
„Wenn die Regierung, wie in den letzten Jahren nur an Stellschrauben dreht, wird das Problem nicht gelöst. Es braucht eine grundlegende Reform der Finanzierung."

Die BIVA fordert daher:

- Die Einbeziehung der privat Versicherten in die Soziale Pflegeversicherung.
- Eine faire Verteilung der nicht pflegebedingten Kosten auf andere Sozialversicherungssysteme. insbesondere durch die Überführung medizinischer Behandlungspflege in die Krankenkassen und Rentenbeiträge für pflegende Angehörige in die Rentenversicherung.
- Eine stärkere Beteiligung der Länder an den Investitionskosten, wie es ursprünglich vorgesehen war.

Ein aktuelles Gutachten von Prof. Heinz Rothgang, das die BIVA als Teil des Bündnisses für eine solidarische Pflegevollversicherung in Auftrag gegeben hat, zeigt klare Lösungswege für eine zukunftssichere Finanzierung der Pflege auf, die ohne Beitragssteigerungen auskommen.
„In unserem Sozialstaat sollten die Menschen darauf vertrauen können, dass eine solidarische Versicherung, die das Wort 'Pflege' im Namen trägt, das reine Pflegerisiko auch voll abdeckt.
Sozialhilfe ist kein würdiger Ersatz für Ansprüche aus eigenen Beitragszahlungen", so Dudel.

Einen offenen Brief mit detaillierten Forderungen an die sondierenden Parteien sowie den Link zum Gutachten Prof. Rothgangs im Volltext finden Sie auf unserer Website unter:
www.biva.de/dokumente/gesetze/offener-brief-an-sondierer_finanzierung-pv.pdf

BIVA-Pflegeschutzbund empört

Baden-Württemberg plant Abschaffung der Heimmitwirkung

Mit großer Besorgnis und Empörung verfolgt der BIVA-Pflegeschutzbund die Bestrebungen der baden-württembergischen Landesregierung, ein grundlegendes Schutzrecht für Heimbewohnerinnen und -bewohner abzuschaffen.
Die offizielle Begründung für diesen Schritt ist die „Entbürokratisierung". In allen deutschen Pflegeheimen gibt es Bewohnervertretungen, die als Sprachrohr gegenüber der Heimleitung fungieren. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Selbstbestimmung und zum Wohlergehen der Bewohnerinnen und Bewohner. Sie bündeln die Beschwerden und Probleme der Bewohner, die auf fremde Hilfe angewiesen sind und allein nur schwer ihre Rechte einfordern können.
Während in anderen Bundesländern die Gesetze verbessert und die Rechte von Bewohnervertretungen gestärkt werden, geht Baden-Württemberg einen gegenteiligen Weg: Im Rahmen einer sogenannten „Entlastungsallianz" wird vorgeschlagen, die Heimmitwirkungsverordnung ersatzlos zu streichen. Dies würde bedeuten, dass die Bewohnerinnen und Bewohner faktisch keine gesetzlich geregelte Möglichkeit mehr haben, ihren Alltag aktiv mitzugestalten und sich gegen Fehlentwicklungen zu wehren.
„Die Abschaffung dieses Schutzrechts, das in den 1970er-Jahren mühsam erkämpft wurde, ist inakzeptabel. Ziel damals war es, die fast rechtlosen „Insassen", die von Pflegekräften und Heimleitungen abhängig sind, zu Bewohnern mit eigenem Selbstbestimmungsrecht zu machen.
Die seinerzeit erlassene erste Mitwirkungsverordnung war ein Meilenstein auf diesem Weg", erklärt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes. Statt das Recht auf Mitgestaltung und Verbesserung des eigenen Lebensumfeldes zu stärken, wird dieses nun unter dem Vorwand der „Entbürokratisierung" abgeschafft.
„Wir sind empört", so Stegger weiter.
Der BIVA-Pflegeschutzbund beurteilt die vom zuständigen Ministerium vorgebrachte Argumentation, es sei

schwierig, geeignete und willige Kandidaten für die Ämter zu finden, als vorgeschoben.
Wenn Heimbewohnerinnen und -bewohner selbst nicht in der Lage sind, ihre Interessen zu vertreten, sind sie auf Menschen angewiesen, die in ihrem Sinne als externe Beiräte oder Fürsprecherpersonen handeln – sei es durch Angehörige oder engagierte Bürgerinnen und Bürger. Dies soll ein Gegengewicht zu den Interessen der Einrichtungen bilden. Eine kurzfristig durchgeführte Umfrage des BIVA-Pflegeschutzbundes unter den rund 1.500 Pflegeheimen in Baden-Württemberg ergab, dass die geplante Regelung auf breites Unverständnis stößt.
97 Prozent der Befragten möchten, dass die Mitwirkung erhalten bleibt. Obwohl die Umfrage noch läuft, haben sich bereits knapp 10 Prozent der baden-württembergischen Beiräte beteiligt – ein klares Zeichen, dass es engagierte Bewohnervertreter gibt, die ihre Aufgabe ernst nehmen.
Statt ‚Entbürokratisierung' erkennt Stegger darin eine Kapitulation vor dem Fachkräftemangel: Weil nicht genug Personal da ist, wird das Grundrecht der Mitwirkung einfach gestrichen. Beiräte sind aber keine überflüssige Verwaltungseinheit, sondern gelebte Demokratie und Teilhabe im Pflegeheim.
Ein Beirat bringt es in der Umfrage auf den Punkt: „Es geht nicht um Entbürokratisierung, sondern um Entmündigung." Ein anderer ergänzt: „Eine Abschaffung käme einer Entrechtung und Entwürdigung gleich."
Die geplante Abschaffung der Heimmitwirkung ist nicht die einzige umstrittene Maßnahme der Entlastungsallianz.
Auch weitere geplante Änderungen bergen erhebliche Risiken: So sollen die bislang jährlich durchgeführten Qualitätskontrollen – die wiederholt gravierende Mängel in der Pflege aufgedeckt haben – künftig nur noch stichprobenartig und „mindestens" alle fünf Jahre stattfinden. Zudem sollen ambulant betreute Wohngemeinschaften vollständig aus dem Ordnungsrecht herausgenommen werden, was voraussichtlich Qualitätseinbußen und fehlende Mitwirkung der Bewohner zur Folge haben wird.
Die Umfrage unter Beiräten läuft weiter. Bewohnervertretungen und Unterstützer in Baden-Württemberg sind eingeladen, sich zu beteiligen.

Mehr Informationen:
https://www.biva.de/presse-kampagne/kampagne-pflege-rechte/ ■

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:
Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender:
Joachim Kießling (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Ilona Langer

Gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Mai 2025;
Redaktionsschluss für Nr. 3/2025: 15. August 2025

Der Juni

Die Zeit geht mit der Zeit: Sie fliegt.
Kaum schrieb man sechs Gedichte,
ist schon ein halbes Jahr herum
und fühlt sich als Geschichte.

Die Kirschen werden reif und rot,
die süßen wie die sauern.
Auf zartes Laub fällt Staub, fällt Staub,
so sehr wir es bedauern.

Aus Gras wird Heu. Aus Obst Kompott.
Aus Herrlichkeit wird Nahrung.
Aus manchem, was das Herz erfuhr,
wird, bestenfalls, Erfahrung.

Es wird und war. Es war und wird.
Aus Kälbern werden Rinder
Und weil's zur Jahreszeit gehört,
aus Küssen kleine Kinder.

Die Vögel füttern ihre Brut
und singen nur noch selten.
So ist's bestellt in unsrer Welt,
der besten aller Welten.

Spät tritt der Abend in den Park,
mit Sternen auf der Weste.
Glühwürmchen ziehn mit Lampions
zu einem Gartenfeste.

Dort wird getrunken und gelacht.
In vorgerückter Stunde
tanzt dann der Abend mit der Nacht
die kurze Ehrenrunde.

Am letzten Tische streiten sich
ein Heide und ein Frommer,
ob's Wunder oder keine gibt.
Und nächstens wird es Sommer.

Erich Kästner (1899–1974)

Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.
Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.

Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de